

# ARBEITER\*INNEN ZUERST: DIE PHILIPPINISCHE ARBEITER\*INNENVEREINIGUNG NAGKAISA UND IHRE ANTWORT AUF COVID-19

Benjamin Velasco

*Dieser Artikel ist Teil der Serie "Lessons learned durch Covid-19: Transformation einer globalen Krise zur globalen Solidarität?"*

Unter dem Banner des gemeinsamen Kampfs gegen Militärdiktatur und autoritären Populismus ist es Nagkaisa nicht nur gelungen, lokale Gruppen zusammenzuschmieden, sondern sich auch mit internationalen Organisationen zu verbinden. Die Verteidigung bürgerlicher Freiheiten und demokratischer Rechte geht dabei Hand in Hand mit dem Schutz von Arbeitsrechten und den Interessen der Arbeiter\*innen.



Members of labor groups affiliated to Nagkaisa raise the three-finger salute in a solidarity action for the people of Burma/Myanmar. 11 February 2021. (Photo: Yuen Abana of Partido Manggagawa)

*Diese Studie behandelt die Forderungen, Aktivitäten, Taktiken und Bündnisse der Arbeiter\*innenvereinigung Nagkaisa («Vereint») in Reaktion auf die beispiellose Wirtschaftskrise, in die Duterte COVID-19-Politik die Philippinen gestürzt hat. Nagkaisa gehört zu den erfolgreichsten Versuchen der letzten Jahrzehnte, Arbeiter\*innenorganisationen zu vereinen. Der Zusammenschluss hat sich für einen Umgang mit COVID-19 eingesetzt, in dem die Rechte der Arbeiter\*innen im Vordergrund stehen. Zugleich hat sie sich für eine Perspektive starkgemacht, die den Schutz des Arbeitssektors als Bedingung für wirtschaftliche Erholung sieht. Allerdings ist es ihren Kampagnen kaum gelungen, Einfluss auf die Regierungspolitik zu nehmen. Auch der wirkliche Härtetest für den Zusammenschluss, eine Wiederbelebung des Arbeiter\*innenaktivismus, ist noch nicht bestanden. Die Anstrengungen von Nagkaisa zeigen nicht nur, wie wichtig es im Kampf für Arbeitsrechte und Wohlfahrt ist, unter immer schwierigeren Bedingungen Einheit innerhalb der Klasse herzustellen, sondern auch, dass im Kampf gegen den globalen Trend zum Autoritarismus internationale Solidarität notwendig ist.*



## Introduction

In dem Bestreben, die Ausbreitung des Coronavirus (COVID-19) auf den Philippinen zu verhindern, verhängte die Regierung von Präsident Rodrigo Duterte 2020 einen der längsten und strengsten Lockdowns weltweit. Dies mag zur Eindämmung der Verbreitung des Virus beigetragen haben, doch mit den Betriebsschließungen und Mobilitätsbeschränkungen wurde ein großer Teil der Wirtschaft einschließlich des informellen Sektors lahmgelegt. Unausweichliche Folgen waren eine massive Zunahme der Erwerbslosigkeit und große wirtschaftliche Not. Zwar waren alle von den Lockdowns betroffen, doch wurden Arbeiter\*innen im formellen und informellen Sektor sowie Arme und Frauen überproportional in Mitleidenschaft gezogen.

Schon vor der Pandemie und trotz anderthalb Jahrzehnten Wirtschaftswachstum und steigender Arbeitsproduktivität spürten Arbeiter\*innen den Druck durch stagnierende Löhne. Die Verbreitung prekärer Arbeitsbedingungen, besonders in der formellen Wirtschaft, war ein entscheidender Faktor für den Druck auf Löhne und Zusatzleistungen. Ein Mangel an angemessenen Jobangeboten drängte einen Teil der Arbeiter\*innen mit ausreichend Qualifikation und Ersparnissen in die Arbeitsmigration. So wurden die Härten des Lockdowns in Arbeiter\*innenquartieren und armen Gemeinden besonders spürbar.

Dennoch ist nicht die Pandemie für die Verelendung eines großen Teils der Bevölkerung verantwortlich zu machen. Ähnlich positionierte Länder in Südostasien wie Vietnam konnten die Pandemie unter Kontrolle bringen, ohne dass ihre Wirtschaft durch staatlich durchgesetzte Lockdowns vergleichbaren Schaden nahm.<sup>1</sup> Entscheidend für unterschiedliche gesellschaftliche und wirtschaftliche Folgen in Südostasien und anderen Regionen sind also spezifische politische Antworten auf die Pandemie gewesen.

Beispielsweise haben die Philippinen und Indonesien vergleichbare Zahlen an Infektionen und Todesfällen, und beide Länder schlitterten durch Lockdowns in die Rezession.<sup>2</sup> Eine besonders autoritäre Antwort auf die Pandemie war die direkte Ursache für die wirtschaftliche Not der philippinischen Arbeiter\*innenklasse. Die angesehenere medizinische Fachzeitschrift *The Lancet* beschrieb die Maßnahmen auf den Philippinen und in anderen Ländern als «medizinischen Populismus»,<sup>3</sup> weil es nicht um eine wissenschaftliche, an Öffentlicher Gesundheit orientierte Antwort gegangen sei, sondern einer Law-and-Order-Lösung der Vorzug gegeben wurde, die zu schwerwiegenden Fällen von Machtmissbrauch und der Unterdrückung bürgerlicher Freiheiten führte.

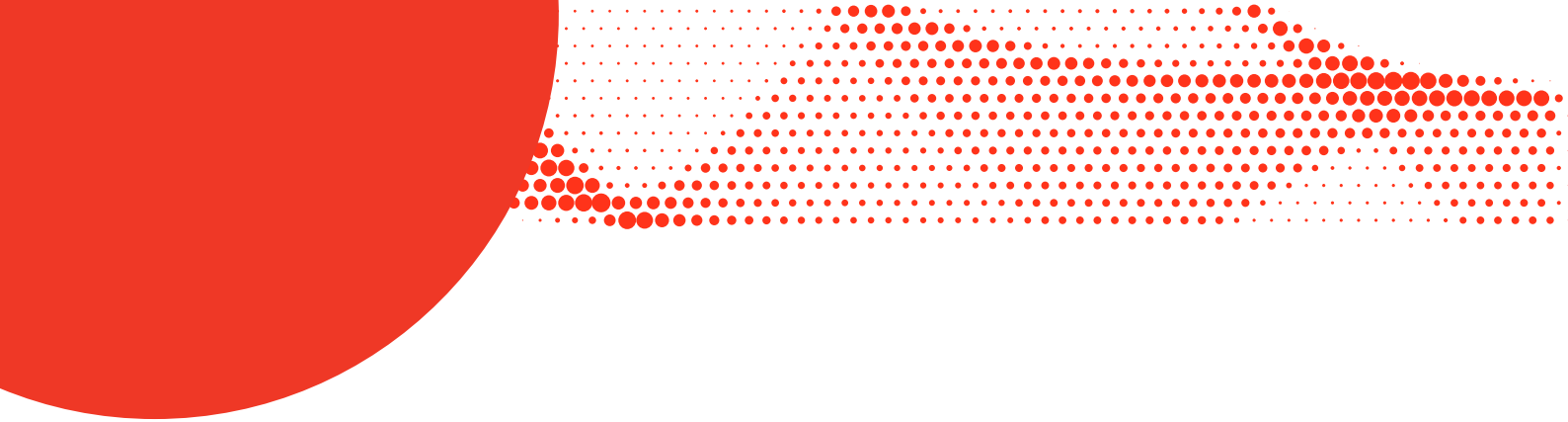
Mit der Wirtschaftskrise konfrontiert, setzten sich soziale Bewegungen auf den Philippinen – und insbesondere die Arbeiter\*innenbewegung – für eine angemessene Antwort ein, die die Rechte und das Wohlergehen der besonders Schutzbedürftigen zum Ausgangspunkt nimmt. Kampagnen der Arbeiter\*innenvereinigung Nagkaisa warben für eine Agenda, die als Antwort auf die Pandemie und zur Erholung von ihren Folgen Arbeiter\*innen in den Vordergrund stellt.

Nagkaisa ist wohl das erfolgreichste Projekt zur Vereinigung der Arbeiter\*innenbewegung in der jüngeren philippinischen Geschichte. Der 2012 gegründete Zusammenschluss umfasst rund 40 Gruppen und Institutionen,

1 Y. N. Lee, "This is Asia's top-performing economy in the Covid pandemic — it's not China", CNBC, 27 January 2021, available at: <https://www.cnn.com/2021/01/28/vietnam-is-asias-top-performing-economy-in-2020-amid-covid-pandemic.html>.

2 C. Gonzales, "PH had highest new COVID-19 cases in Southeast Asia during surge — ex DOH chief" *Inquirer.net*, 8 May 2021, available at: <https://newsinfo.inquirer.net/1429072/ph-had-highest-new-covid-19-cases-in-southeast-asia-during-surge-ex-doh-chief>

3 G. K. Cabico, "'Medical populism' puts Philippines at 66th of 91 nations in COVID-19 suppression", *Philstar*, 23 September 2020, available at: <https://www.philstar.com/headlines/2020/09/23/2044587/medical-populism-puts-philippines-66th-91-nations-covid-19-suppression>.



darunter die wichtigsten Gewerkschaften. In den letzten fünf Jahren hat sich die Vereinigung primär für eine Beschränkung von nichtregulären Beschäftigungsverhältnissen eingesetzt. Duterte hatte in seinem Präsidentschaftswahlkampf von 2016 schändlicherweise damit geködert, befristete Arbeitsverträge<sup>4</sup> oder endo, wie nichtreguläre Arbeitsverhältnisse auf den Philippinen heißen, abschaffen zu wollen. Nagkaisa erlangte große Bekanntheit mit der Forderung an die Regierung, ihr Versprechen in die Tat umzusetzen.<sup>5</sup> Diese Erfahrung stärkte den Zusammenschluss und war eine gute Vorbereitung dafür, unter COVID-19 eigene Positionen und Kampagnen zu entwickeln.

Dennoch fand sich Nagkaisa auf unbekanntem und schwierigem Terrain wieder, als es darum ging, Interessenvertretung und Widerstand inmitten eines langwierigen Lockdowns und sich verschärfenden Autoritarismus zu organisieren. Daher lohnt es, sich zusätzlich zu den Forderungen und der Agenda der Vereinigung auch die Bündnisse und Taktiken anzuschauen, für die sie sich in der veränderten politischen Landschaft während der Pandemie entschied. In Anbetracht der weltweiten Tendenz zum Autoritarismus soll schließlich noch ein Augenmerk auf die Rolle internationaler Solidarität in Nagkaisas Antwort geworfen werden.

### **Analyserahmen und Methodologie**

Um die Dynamik von Nagkaisas Eintreten für eine Pandemiepolitik zu verstehen, die Arbeiter\*innen in den Vordergrund stellt, soll auf Konzepte des Social Movement Unionism (SMU) und den Machtressourcenansatz zurückgegriffen werden. Diese beiden aktuellen Analyserahmen haben sich bewährt, um die Erneuerung der Gewerkschaftsbewegung verstehen und begrifflich erfassen zu können. Zwar handelt es sich um eigenständige Ansätze, dennoch überschneiden sich die Ideen und Handlungsempfehlungen ihrer Vertreter\*innen zum Teil.

SMU geht von einer Analyse der Schwierigkeiten aus, mit der Gewerkschaften heute konfrontiert sind. Einigkeit besteht im Allgemeinen darüber, dass die Beteiligung an Gewerkschaften und anderen Arbeiter\*innenorganisationen zurückgegangen ist, was mit Veränderungen der Arbeitssituation und ökonomischen Verschiebungen durch die neoliberale Globalisierung zusammenhängt. Der Niedergang der Gewerkschaften wird also auf externe Herausforderungen der Globalisierung sowie auf mangelnde interne Anpassungsfähigkeit zurückgeführt. Für ihre Wiederbelebung sei es notwendig, strategische Hebel gegen äußere Veränderungen aufzubauen und das Organisationsvermögen neu aufzustellen, um besser auf interne Schwächen reagieren zu können.<sup>6</sup>

Der strategische Hebel einer Gewerkschaft wird dabei als ihr Einfluss außerhalb der eigenen Struktur und Organisation beschrieben. Er hängt von folgenden Faktoren ab: der Branchenstruktur, der Einstellung der Arbeitgeber\*innen gegenüber Gewerkschaften, dem Arbeitsmarkt, der Art der Technologie und Arbeitsorganisation, dem Arbeitsrecht und der Sozialgesetzgebung sowie dem Grad der Regulierung des Arbeitsmarkts und der Verfügbarkeit von Netzwerken.<sup>7</sup>

Organisationsvermögen beschreibt die Fähigkeit einer Gewerkschaft, Absichten in Organisationshandeln umzusetzen. Wichtige Aspekte dabei sind die Gewerkschaftsstruktur, gewählte Verantwortliche, Mitarbeiter\*innen,

4 E. Caduaya (2015): «Duterte on contractualization: Not for a country like PH», Rappler, 28. November 2015, <https://www.rappler.com/nation/elections/114276-duterte-contractualization-not-good/>.21.

5 A. Parrocha (2021): «Duterte never disregarded vow to end endo: Palace», Philippine News Agency, 26. Juli 2021, <https://www.pna.gov.ph/articles/1148268>.

6 M. E. Aganon et al. (2008): Revitalizing Philippine Unions. Potentials and Constraints to Social Movement Unionism, Friedrich Ebert Stiftung u. UP SOLAIR.

7 ebd.



Freiwillige und ein Personalsystem.<sup>8</sup>

Dieser Ansatz umfasst zudem eine entsprechende Analyse der Stärken, Schwächen, Chancen und Risiken von Gewerkschaften (SWOT-Analyse: Strengths, Weaknesses, Opportunities, Threats). Eine Auswertung des strategischen Einflusses offenbart Chancen, die weiter verbessert werden müssen, und Risiken, die minimiert werden müssen. Eine Untersuchung des Organisationsvermögens zeigt die Stärken, die es auszubauen gilt, und Schwächen, die es sobald wie möglich zu beheben gilt.

SMU-Verfechter\*innen zufolge gibt es zwei Gewerkschaftsmodelle: ein Dienstleistungs- und ein Organisationsmodell.<sup>9</sup> Eine auf Dienstleistung ausgelegte Gewerkschaft bietet Leistungen für ihre Mitglieder. Diese Art von Gewerkschaft wird für ihre zu enge Ausrichtung kritisiert, da sie ihr Tätigkeitsfeld auf Vorteile für die eigenen Mitglieder beschränkt. Die Folge sind passive Mitglieder, die von der Gewerkschaft profitieren, ohne selbst tätig zu werden.

Im Gegensatz dazu betont eine organisierende Gewerkschaft die Partizipation der Mitglieder an allen Aspekten des Gewerkschaftslebens. Infolgedessen werden sie aktiv und empowert und handeln als Gewerkschafter\*innen. Darüber hinaus ist eine organisierende Gewerkschaft perspektivisch auf Ausweitung ausgerichtet, da sie, während sie auch Verbündete in der Gemeinschaft außerhalb ihrer eigenen Reihen sucht, immer neue Mitglieder zu gewinnen versucht.

SMU vertritt die Auffassung, dass Gewerkschaften, die an ihrem Dienstleistungscharakter festhalten, an den Herausforderungen der Globalisierung scheitern und sich in organisierende Gewerkschaften transformieren müssen, um die mit der Globalisierung einhergehenden Zwänge offensiv zu überwinden. Eine kämpferische Gewerkschaft kann zugleich Leistungen bieten und organisieren, aber sie kann nicht reinen Dienstleistungscharakter haben.

Eine organisierende Gewerkschaft ist in der Lage, ihren strategischen Einfluss und ihr Organisationsvermögen voll auszuspielen. Verfechter\*innen des SMU sind überzeugt, dass dies auf sehr unterschiedliche Weisen geschehen kann, vor allem durch Stärkung der Mitgliederbeteiligung und -aktivität; Entwicklung der innergewerkschaftlichen Demokratie; Förderung einer Ausrichtung auf Organizing am Arbeitsplatz und darüber hinaus; Knüpfen von Netzwerken mit Gruppen innerhalb und außerhalb der Gewerkschaftsbewegung; Hege eines solidarischen und internationalistischen Geistes unter Arbeiter\*innen; und Ausprägung einer expansiven Gewerkschaftsidentität und Zielrichtung.

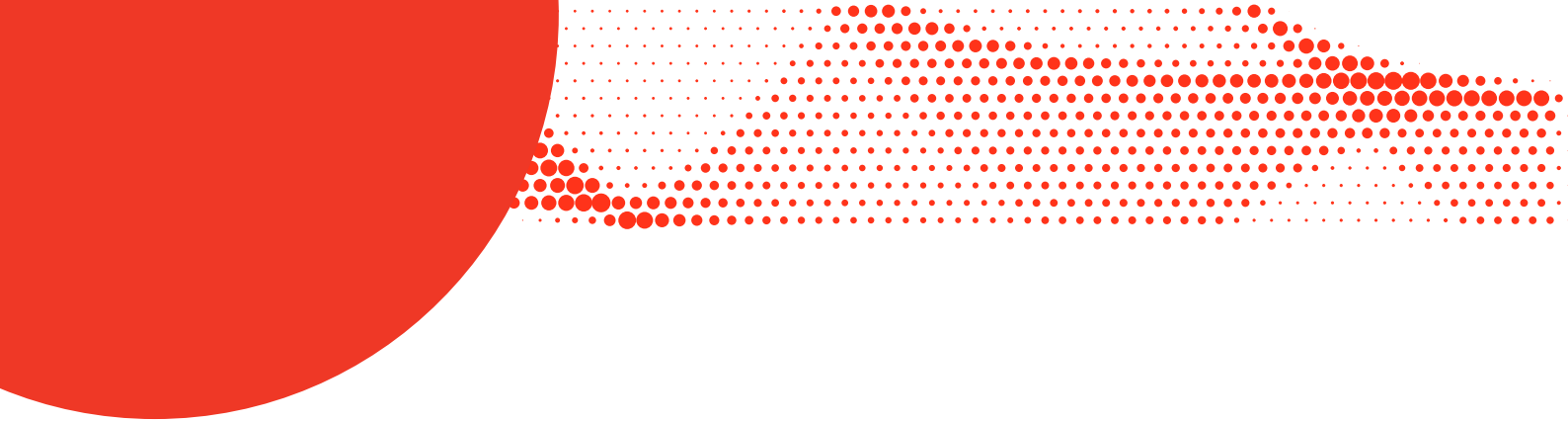
Die Wiederbelebung einer Gewerkschaft beginnt mit dem Schärfen der Identität und des Zwecks der Organisation. Mitglieder und Führung müssen durch das Ideal und die Vision der Teilhabe an einer sozialen Bewegung und nicht nur einer lokalen Gewerkschaft motiviert werden. Die Begrenztheit lokaler Gewerkschaften ergibt sich aus dem Geschäftsgewerkschaftsansatz. Bei Geschäftsgewerkschaften beschränken sich Identität und Zweck auf die Mitsprache an einem bestimmten Arbeitsplatz. Identität und Zweck einer SMU-Gewerkschaft dagegen umfassen auch Anliegen der gesamten Arbeiter\*innenklasse und ihrer verschiedenen Sektoren.

Der Machtressourcenansatz ergibt sich aus der Einsicht, dass Gewerkschaften nicht einfach Opfer externer Kräfte wie der Globalisierung oder der Verschiebung von Produktion zu Dienstleistungen sind, sondern selbst

<sup>8</sup> Ebd.

<sup>9</sup> Ebd.





strategische Entscheidungen treffen können. Laut Stefan Schmalz, Carmen Ludwig und Edward Webster kann eine Gewerkschaft «ihre Interessen durch kollektive Mobilisierung von Machtressourcen verteidigen».<sup>10</sup> Basierend auf Max Webers Auffassung bedeutet Macht hier «jede Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen».<sup>11</sup>

Die entscheidende Frage ist klar: Welche Machtressourcen stehen einer Gewerkschaft, die sich erneuern will, zur Verfügung? Vier Ressourcen werden genannt: strukturelle Macht, Organisationsmacht, institutionelle Macht und gesellschaftliche Macht.

Strukturelle Macht bezieht sich auf den Hebel, den Arbeiter\*innen durch ihre Position im Produktionsprozess in der Hand haben. Sie haben strukturelle Macht sogar ohne kollektive Repräsentation durch Gewerkschaften oder formale Organisation. Sie können Verhandlungsmacht am Arbeitsplatz auch dadurch gewinnen, dass sie die Arbeit am Produktionsort stören.<sup>12</sup>

Organisationsmacht entsteht aus der Fähigkeit der Arbeiter\*innen, kollektive Repräsentation durch Gewerkschaften, Arbeiter\*innenvereinigungen, -räte und -parteien zu organisieren. Die Schlüsselindikatoren für Organisationsmacht sind Mitgliederzahl und Gewerkschaftsdichte. Allerdings hängt Organisationsmacht nicht nur von der Quantität, sondern auch von qualitativen Elementen ab, etwa den Material- und Personalressourcen der Gewerkschaft, ihrer Organisationseffizienz, Mitgliederpartizipation und internen Bindekraft. Diese Kategorien erinnern an das Organisationsvermögen des SMU-Ansatzes.<sup>13</sup>

Institutionelle Macht ist das Resultat erfolgreicher Kämpfe auf Grundlage starker struktureller und Organisationsmacht.<sup>14</sup> Dies drückt sich aus in institutionalisierten Schutzbestimmungen, Regularien und Prozessen. Institutionelle Macht hat zwei Seiten: Sie gibt Arbeiter\*innen Rechte, beschränkt aber auch ihre Handlungsmacht. Obwohl die Unternehmen seit Beginn der Globalisierung zur Vermeidung gewerkschaftlicher Organisation und Zerstörung gewerkschaftlicher Strukturen tendieren, wird Vereinigungsfreiheit national und international als Erbe institutioneller Macht anerkannt.

Gesellschaftliche Macht schließlich entsteht aus Zusammenschlüssen und Bündnissen von Arbeiter\*innen mit anderen Gesellschaftsbereichen und kann sich aus Bündnisstärke oder der Fähigkeit zur Netzwerkbildung ergeben.<sup>15</sup> Die Gewerkschaftsbewegung kann Verbindungen mit anderen sozialen Bewegungen wie Umweltgruppen, Frauennetzwerken, NGOs, studentischen Gruppen und Kirchen aufbauen. Eine andere Quelle gesellschaftlicher Macht ist Diskursmacht. Damit ist die Fähigkeit gemeint, die öffentliche Meinung positiv zu beeinflussen. Der Begriff Hegemonie ist synonym zu Diskursmacht.

Die vorliegende Studie kommt zu dem Ergebnis, dass die Aktivitäten, Empfehlungen und Kampagnen von Nagkai während der COVID-19-Pandemie Elemente sowohl von SMU als auch des Machtressourcenansatzes aufweisen.

Das hier verwendete Datenmaterial stammt aus einer Analyse von Dokumenten, Interviews mit wichtigen

10 S. Schmalz / C. Ludwig / E. Webster, «The Power Resources Approach: Developments and Challenges», *Global Labour Journal* 9/2 (2018), S. 113, <https://mulpress.mcmaster.ca/globallabour/article/view/3569/3157>.

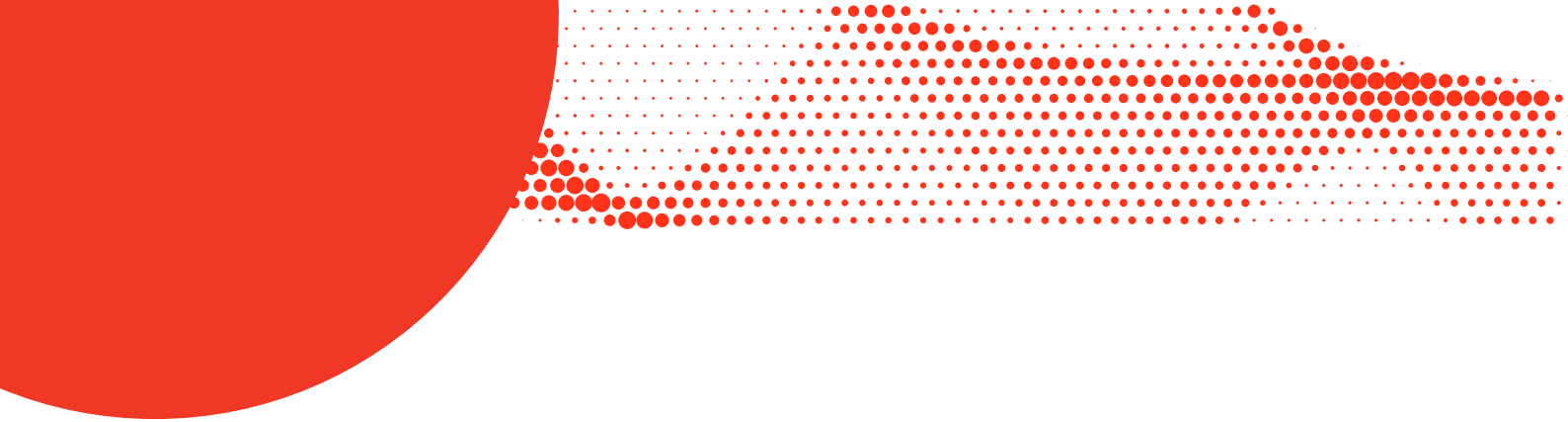
11 M. Weber (1985), *Wirtschaft und Gesellschaft – Grundriss der verstehenden Soziologie*, Tübingen: Mohr, S. 28.

12 Schmalz / Ludwig / Webster, «The Power Resources Approach».

13 Ebd.

14 Ebd.

15 Ebd.



Akteur\*innen und teilnehmender Beobachtung. Zu den untersuchten Dokumenten gehören Protokolle, Stellungnahmen, Papiere und Pressemitteilungen von Nagkaisa, aber auch externe Quellen wie Zeitungsberichte über Aktivitäten der Vereinigung. Vier Schlüsselfiguren wurden für dieses Projekt befragt: Josua Mata, Rene Magtubo, Wilson Fortaleza und Judy Miranda. Alle vier gehören zu den Repräsentant\*innen (convenors) der Vereinigung. Der Autor hat während der Dauer der Studie in beschränktem Umfang Nagkaisa und einige der Mitgliedsgruppen persönlich unterstützt und konnte so die Antworten Nagkaisas auf die Herausforderungen der Pandemie und der Lockdowns direkt beobachten. Die Darstellung der Daten und Ergebnisse der Studie orientierte sich an der Analyse der Dokumente, Interviews und teilnehmenden Beobachtung.

### **Die Bewegung gegen Dutertes autoritäre COVID-19-Politik**

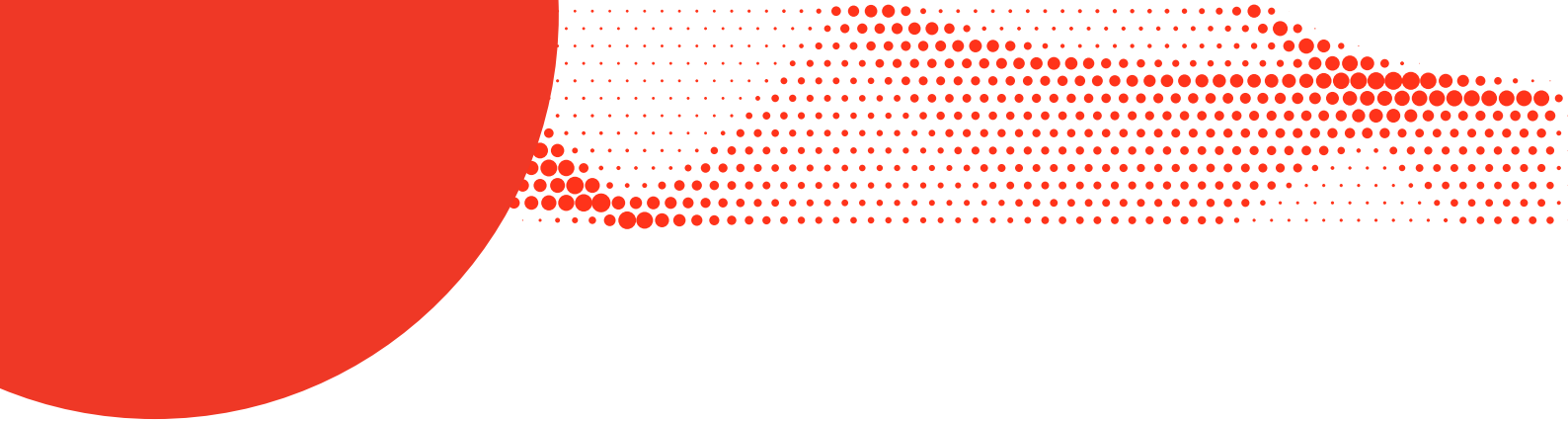
Schon bevor Duterte 2016 an die Macht kam, hatten Kritiker\*innen davor gewarnt, dass seine Neigung zum Autoritarismus einer liberal-demokratischen Regierungsführung entgegensteht. Tatsächlich hatte er offen angekündigt, dass seine Regierung den «Krieg gegen Drogen» mit gewaltsamen Mitteln führen würde. Sobald 2016 die Wahlergebnisse vorlagen und noch bevor Duterte offiziell sein Amt antrat, begann bereits eine Welle von Morden an mutmaßlichen Drogenabhängigen.

Gleichzeitig machte Duterte populistische Versprechen: Am prominentesten war seine Zusicherung an den Arbeitssektor, befristete Arbeitsverträge abzuschaffen. Bereits früh in der Legislaturperiode erklärte er sich zu einem Sozialisten, berief fünf Kandidat\*innen der verbotenen Kommunistischen Partei der Philippinen (CPP) in sein Kabinett und unterhielt freundliche Beziehungen zu linken Abgeordneten des Makabayan-Parteibündnisses.

Sobald aber Dutertes Regierungsführung Gestalt annahm, traten seine autoritären Neigungen hervor und seine Versprechen entlarvten sich, sobald sie eingefordert wurden, als Populismus. Auf Veranlassung der Arbeitgeber\*innenverbände legte er ein Veto gegen das Kündigungsschutzgesetz ein, das es Unternehmen erschwert hätte, nichtreguläre Arbeitsverträge abzuschließen. Friedensverhandlungen mit der CPP scheiterten. Duterte regierte mit eiserner Faust und brachte lautstarke Kritiker\*innen wie Senatorin Leila de Lima und die Vorsitzende des Obersten Gerichtshofs Maria Lourdes Sereno zum Schweigen. Auf der südlichen Insel Mindanao wurde für anderthalb Jahre das Kriegsrecht verhängt. Eine Reihe repressiver Gesetzesvorschläge wie die Wiedereinführung der Todesstrafe und eine Absenkung des Strafmündigkeitsalters wurde auf die Tagesordnung gesetzt, kam aber nicht durchs Parlament. Im Zuge der Drogenbekämpfung wurden über 12.000 Todesfälle dokumentiert, wobei Human Rights Watch die Dunkelziffer deutlich höher ansetzt.<sup>16</sup>

Dass die Duterte-Regierung den «Krieg gegen Drogen» nicht als Frage der Öffentlichen Gesundheit, sondern als durch Law and Order zu lösendes Problem ansieht, wurde in ihrer Reaktion auf COVID-19 deutlich. Obwohl kurz nach Bekanntwerden der ersten Fälle in China Forderungen nach Aussetzung des Flugverkehrs von dort laut wurden, ließ die staatliche Reaktion einen Monat auf sich warten. Eine Woche nach der ersten bestätigten Ansteckung auf den Philippinen schaltete die Regierung in den Turbo und verhängte am 15. März 2020 den ersten nationalen Lockdown. Polizei und Militär wurden eingesetzt, um strenge Mobilitätsbeschränkungen und das «Zuhause-bleiben»-Protokoll durchzusetzen. Der von Duterte eingesetzte COVID-19-Arbeitsstab setzte sich hauptsächlich aus Generälen a.D. zusammen und hatte keinerlei Epidemiolog\*innen in seinen Reihen.

16 «Philippines: Duterte's «Drug War» Claims 12,000+ Lives», Human Rights Watch, 18. Januar 2018, <https://www.hrw.org/news/2018/01/18/philippines-dutertes-drug-war-claims-12000-lives>.



Wer die Quarantäneregeln übertrat, wurde festgenommen. Eklatante Doppelstandards bei der Umsetzung des Lockdowns zeigten sich daran, dass sogenannte VIPs, die schamlos die Regeln übertraten, so etwa ein amtierender Senator, der Regierungssprecher und ein regierungsfreundlicher Influencer, allesamt der Strafe entgingen. Der Kontrast war so empörend, dass eine Gruppe prominenter Unternehmer\*innen die Doppelstandards in einem offenen Brief verurteilte.

Auf dem Höhepunkt des Lockdowns, als Freiheiten eingeschränkt und das Recht, sich friedlich auf der Straße zu versammeln, unter dem Vorwand des Abstandhaltens außer Kraft gesetzt wurden, griff die Duterte-Regierung noch härter gegen politische Rival\*innen durch. Das Mediennetzwerk ABS-CBN wurde durch Nichtverlängerung der Sendelizenz stillgelegt. Die lautstarke Regierungskritikerin Maria Ressa von der Online-Nachrichtenagentur Rappler wurde wegen Verleumdung im Netz verhaftet und dann gegen Kautions wieder freigelassen. Mehrere Demonstrationen wurden aufgelöst, die Demonstrierenden festgenommen und ein neues, noch drakonischeres Antiterror-Gesetz erlassen.

Alle diese Vorfälle zeigten deutlich Dutertes autoritären Regierungsstil. Genau der Law-and-Order-Charakter dieser Reaktion führte zu dem strengen und langen Lockdown und war indirekt auch für das Scheitern der Pandemiebekämpfung verantwortlich. Die Konsequenzen dieser ungeeigneten Regierungsmaßnahmen waren eine tiefe Rezession und die daraus folgende Verarmung der Arbeiter\*innenklasse. Benachbarte Länder hingegen, die wie Vietnam ihre Reaktion auf COVID-19 an einem Paradigma Öffentlicher Gesundheit ausrichteten, entgingen den schlimmsten wirtschaftlichen Folgen der Pandemie.

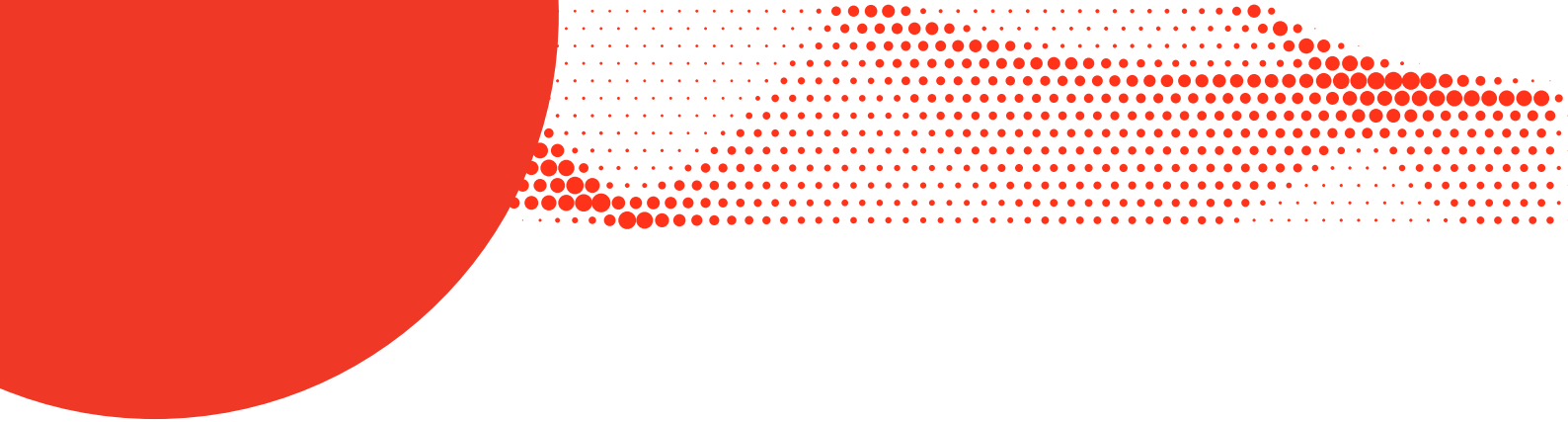
### **Ausreichend Unterstützung für alle**

Durch den strikten Lockdown, der sich zunächst auf die Metropolregion Manila, dann auf die gesamte Hauptinsel Luzon und schließlich das ganze Land erstreckte, verlor ein beträchtlicher Teil der Arbeiter\*innen im formellen und informellen Sektor den Arbeitsplatz. Systemrelevante Beschäftigte im Gesundheitssektor und der Nahrungsmittelindustrie arbeiteten weiter an ihrem Arbeitsplatz, während ein anderer Teil ins Homeoffice wechselte. Die Behörden blieben arbeitsfähig, sei es in Bürger\*innendiensten vor Ort, sei es vom Homeoffice aus. Die offizielle Arbeitslosenzahl auf dem Höhepunkt des Lockdowns im zweiten Quartal 2020 wird mit 7,3 Mio. angegeben.<sup>17</sup> Das ist angesichts der engen Definition von Arbeitslosigkeit offensichtlich zu niedrig angesetzt. Dennoch lässt sich der Zahl die ernste Lage am Arbeitsmarkt zu diesem Zeitpunkt ablesen.

Unmittelbar nach Verhängung des ersten Lockdowns Mitte März regte Nagkaisa an, dass sowohl Unternehmen als auch die Regierung Unterstützung für die betroffenen Arbeiter\*innen leisten sollten. Die Vereinigung forderte Lohnfortzahlung für Beschäftigte, die wegen der eingeschränkten Bewegungsfreiheit beurlaubt waren. Gleichzeitig verlangte sie von der Regierung für Arbeiter\*innen, die während des Lockdowns ihren Arbeitsplatz verloren hatten, Finanzhilfen von monatlich 10.000 PHP oder den darüber liegenden Mindestlohn.

Mit einer Großkampagne wurden diese Forderungen unter dem Slogan «ayudang sapat para sa lahat» («Ausreichend Unterstützung für alle») an die Öffentlichkeit getragen. Nagkaisa gab Pressemitteilungen heraus und kontaktierte Kongressabgeordnete, die die Forderungen unterstützen könnten. Es gab Gespräche mit der Senatorin Risa Hontiveros und der Abgeordneten Stella Quimbo. Mehrere Solons (Bezeichnung für Abgeordnete

17 R. Rivas (2020): «PH unemployment at all-time high with 7.3 million jobless in April 2020», Rappler, 5. Juni 2020, <https://www.rappler.com/business/unemployment-rate-philippines-april-2020>.



auf den Philippinen) hatten im Repräsentantenhaus Gesetzesvorschläge für unterschiedlichste steuerliche Maßnahmen vorgelegt, doch nur Quimbo zeigte sich offen, über die Vorschläge von Nagkaisa zu diskutieren.

Die Regierung ignorierte die Forderungen von Nagkaisa und anderen progressiven Gruppen. Statt Unternehmen zu verpflichten, ihre vorübergehend arbeitslosen Beschäftigten zu unterstützen, ermutigte sie das Arbeitsministerium (Department of Labor and Employment) lediglich zu Hilfeleistungen. Die meisten Unternehmen hielten sich jedoch an das Prinzip «keine Arbeit, kein Lohn» und überließen ihre Arbeiter\*innen sich selbst. Eine Reihe von Arbeitgeber\*innen leistete Sonderzahlungen wie das «dreizehnte Monatsgehalt»,<sup>18</sup> das üblicherweise im Dezember, vor Weihnachten ausgezahlt wird. Andere leisteten Hilfe in Form von Bargeld oder Naturalien. Beispiele für solche Unternehmen sind Großkonzerne wie Ayala Corporation, Jollibee, Megaworld und Phinma.<sup>19</sup> Arbeitgeber\*innen erlaubten den Beschäftigten auch, bezahlten Urlaub zu nehmen, der aber schnell an ein Ende kam, da der ursprünglich auf zwei Wochen begrenzte Lockdown immer weiter verlängert wurde. Sehr wenige Unternehmen boten Freistellung mit Lohnfortzahlung, darunter die Philip Morris Fortune Tobacco Corporation, ein großes profitables Unternehmen mit starker Gewerkschaft.

Durch das Arbeitsministerium und das Sozialversicherungssystem wurde später ein zielgerichtetes Hilfsprogramm für formell Beschäftigte, die durch den Lockdown ihre Arbeit verloren hatten, aufgelegt. Hilfsempfänger\*innen sollten freigestellte Arbeiter\*innen aus Kleinst-, kleinen und mittleren Unternehmen sein. Das COVID-19-Anpassungsmaßnahmenprogramm (CAMP) des Arbeitsministeriums gewährte 1,4 Mio. formell Beschäftigten einmalig 5.000 PHP.<sup>20</sup> Es kam zu zahlreichen Beschwerden gegen das Programm, da nur eine Minderheit der freigestellten Arbeiter\*innen Unterstützung erhielt. Das System war auch offen für Missbrauch und Willkür, da Arbeitgeber\*innen im Namen ihrer Beschäftigten Anträge stellen durften und es im Ermessen des Arbeitsministeriums lag, Anträge zu genehmigen. Laut Rene Magtubo ist zumindest ein Fall eines Restaurantbetreibers im Industriegebiet von Cavite bekannt, der seine Angestellten dazu zwang, ihre CAMP-Zuwendungen an ihn abzutreten. Als einige von ihnen mit Hilfe der Labor Party bzw. des Partido Manggagawa (PM) Beschwerden einreichten, wurden sie auf der Stelle gefeuert. Eine Klage wegen illegaler Entlassung ist gegen den Arbeitgeber anhängig.

Die Regierung reagierte auf die zahlreichen Beschwerden über fehlende Unterstützung mit einer zweiten Runde an Hilfen für formell Beschäftigte, dem Kleinunternehmen-Lohnzuschuss (Small Business Wage Subsidy, SBWS). Diesmal fand eine Identifizierung der Empfänger\*innen über eine Beschäftigtenliste statt, die beim Sozialversicherungssystem registriert war. Das höhere Budget von 16,4 PHP sollte mehr Arbeiter\*innen als in der ersten Runde zugutekommen, dennoch wurden nicht alle, die in Zwangsurlaub geschickt worden waren, erreicht. Die ausgezahlten Beträge lagen über 5.000 PHP, überschritten aber nie die Grenze von 8.000 PHP. Rund 2,1 Mio. SBWA-Empfänger\*innen erhielten Hilfen in Höhe von zwei Monatslöhnen.<sup>21</sup>

Außerdem wurde mit dem Sonderprogramm zur Armutsmilderung (Special Amelioration Program, SAP) ein Hilfsprogramm für den informellen Sektor aufgelegt, das auf die Ärmsten der Armen ausgerichtet war und eine

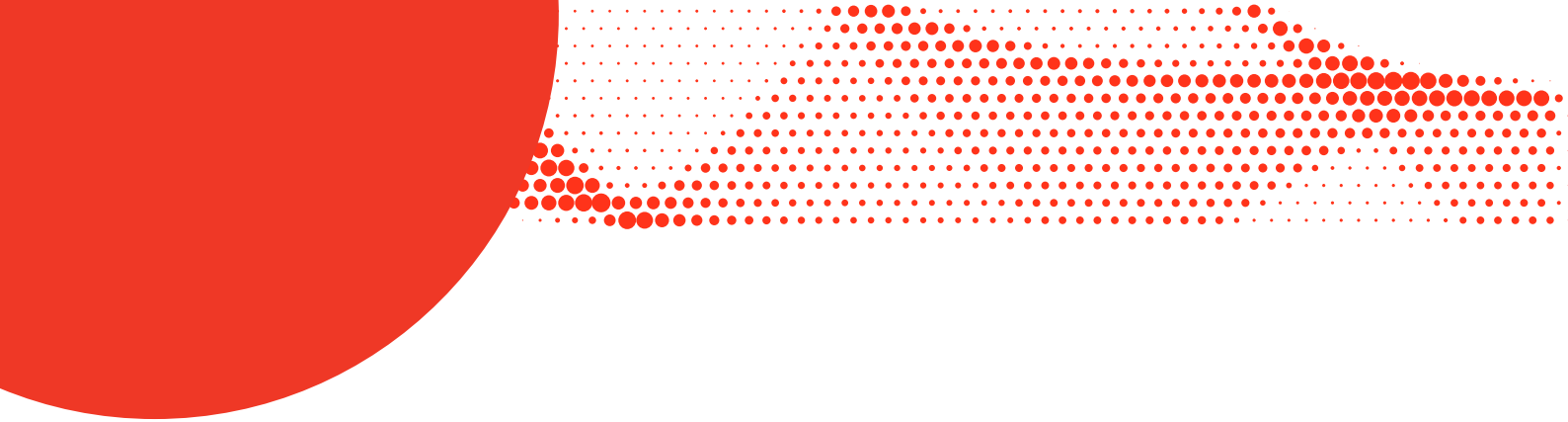
18 Dabei handelt es sich um eine rechtlich verpflichtende Leistung für Arbeiter\*innen, unabhängig von ihrem Beschäftigungsstatus, wenn sie mindestens einen Monat in dem betreffenden Jahr gearbeitet haben.

19 «LIST: Aid from Philippine companies during coronavirus pandemic», Rappler, 23. März 2020, <https://www.rappler.com/business/255591-aid-philippine-companies-coronavirus-pandemic/>.

20 «Formal workers have until December 11 to apply for govt. assistance — DOLE», CNN Philippines, 10. Dezember 2020, <https://www.cnn.ph/news/2020/12/10/dole-camp-application-deadline.html>.

21 Department of Finance, Republic of the Philippines (2020): «DOF releases P16.4-B subsidies to 2.1-M SBWS beneficiary-workers», 17. Mai 2020, <https://www.dof.gov.ph/dof-releases-p16-4-b-subsidies-to-2-1-m-sbws-beneficiary-workers/>.





Barzuwendung von 5.000 PHP für 16 Mio. Familien vorsah. Die Auszahlung in zwei Schritten erfolgte anhand einer Liste, die das Ministerium für Soziales und Entwicklung in Zusammenarbeit mit der lokalen Administration erstellte.

Die SAP-Zahlungen waren durch eine ineffiziente Bürokratie und vielfachen Missbrauch gekennzeichnet. Die Aufstellung der Berechtigtenliste erfolgte nach politischem Ermessen. Lokale Behörden, die eine große Zahl an Leistungsempfänger\*innen versorgen mussten, stießen an ihre Grenzen. Nicht selten bildeten sich unter brütender Sommerhitze lange Warteschlangen. In einigen Fällen war die Auszahlung so schlecht organisiert, dass Hygienemaßnahmen wie Abstandhalten nicht befolgt wurden.

Nagkaisa hatte solche Probleme vorausgesehen und eine allgemeine Hilfszahlung von 10.000 PHP für alle vom Lockdown betroffenen Arbeiter\*innen des formellen wie informellen Sektors gefordert. Allgemein statt spezifisch ausgerichtete Hilfen, so das Argument, würden Ermessensspielräume, Missbrauch und eine Überlastung der Bürokratie verhindern.

Doch die Finanzverantwortlichen der Regierung waren derart um den steigenden Schuldenstand besorgt, dass sie einer Unterstützung für alle die Zustimmung verweigerten. Folge dieser fehlgeleiteten Sparsamkeit war massenhaftes Leid. Im Fortgang des Lockdowns stieg die Zahl der Hungernden von 4,2 Mio. im zweiten Quartal 2020<sup>22</sup> auf 7,6 Mio. am Jahresende.<sup>23</sup> Ironischerweise stand dem ein Rückgang der Arbeitslosigkeit von 7,3 Mio. auf dem Höhepunkt des Lockdowns auf 4,5 Mio. am Jahresende gegenüber.<sup>24</sup> Mehrere Faktoren können diesen besorgniserregenden Trend erklären. So hängt die Erholung der Beschäftigtenzahlen auch damit zusammen, dass viele von formellen in prekärere informelle Beschäftigungsverhältnisse wechselten. Nach Monaten der Zwangsbeurlaubung schied eine große Zahl an Arbeiter\*innen ganz aus dem Arbeitsmarkt aus. Auch die Inflation nahm zu, da die Lieferketten durch Mobilitätsbeschränkungen und durch eine Reihe starker Taifune in der zweiten Jahreshälfte von 2020 unterbrochen waren. Die Zunahme des Hungers ging schließlich auch auf unzureichende und einfalllose Hilfsleistungen der Regierung zurück. Eine Umsetzung der Forderung Nagkaisas nach ausreichend allgemeiner Hilfe hätte womöglich zu einem anderen Ergebnis geführt.

### **Sichere Rückkehr an den Arbeitsplatz**

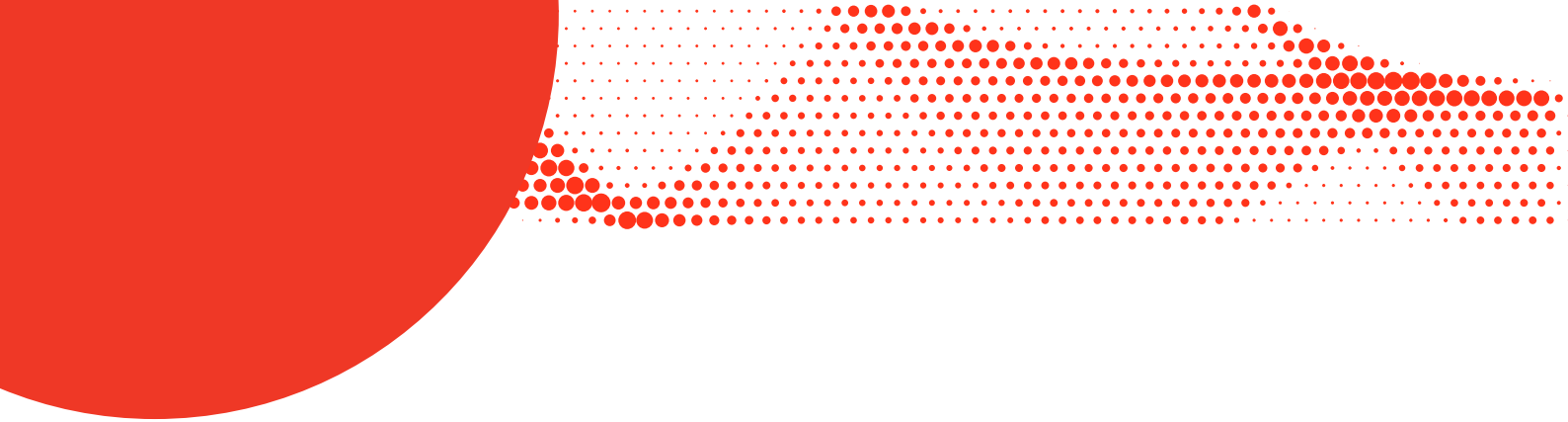
Nagkaisas Ruf nach ausreichend Unterstützung für alle wurde ergänzt durch die Forderung nach sicherer Rückkehr an den Arbeitsplatz. In der zweiten Jahreshälfte von 2020 verlangten Unternehmen immer lautstärker einen Kurs der wirtschaftlichen Erholung und Öffnung der Geschäfte. Zweifellos war ihre Sorge vor finanziellen Verlusten größer als die vor dem Risiko steigender Infektionszahlen.

In einer Erklärung des Partido Manggagawa für den 1. Mai 2020 hieß es: «Der Schlüssel für einen Neustart der Wirtschaft ist die Rückkehr der Arbeiter\*innen an den Arbeitsplatz. Doch Regierung und Kapitalist\*innen sorgen sich mehr um die Sicherung ihrer Rendite als um die Sicherheit der Arbeiter\*innen. Unglücklicherweise sind

22 «SWS survey reveals 4.2 million families suffered involuntary hunger amid COVID-19 pandemic», CNN Philippines, 22. Mai 2020, <https://cnnphilippines.com/news/2020/5/22/sws-survey-four-million-families-involuntary-hunger-covid-pandemic.html>.

23 K. Aguilar (2020): «7.6 million families hungry in past 3 months, highest hunger rate since 2014 — SWS», Inquirer.net, 27. September 2020, <https://newsinfo.inquirer.net/1340772/7-6-million-families-hungry-sets-phs-highest-hunger-incidence-since-2014-sws>.

24 B. O. de Vera (2020): «4.5 million Pinoy jobless in 2020», Inquirer.net, 4. Dezember 2020, <https://newsinfo.inquirer.net/1367928/4-5m-pinoys-jobless-in-2020>.



auch Arbeiter\*innen versucht, lieber ihre Gesundheit und Sicherheit zu riskieren als aufgrund von Arbeitslosigkeit Hunger zu leiden».<sup>25</sup>

Als erstes durften Fabriken in Exportproduktionszonen, Callcenter und andere externe Dienstleister wieder den Betrieb aufnehmen. Es war deutlich, dass Regierung und Unternehmer\*innen diese lukrativen Sektoren möglichst schnell wieder hochfahren wollten.

Relativ zu Beginn des Lockdowns hatte die Regierung Richtlinien zur Umsetzung verpflichtender Hygiene- und Sicherheitsmaßnahmen am Arbeitsplatz für weiterhin operierende Betriebe herausgegeben. Diese Richtlinien boten nur grobe Orientierung in Form von Regeln für basale Hygienekonzepte wie Abstandhalten in Fabriken und Büros, Durchführung von Gesundheitschecks, Bereitstellung von Desinfektionsmitteln, Einführung von Sicherheitskomitees. Zudem verpflichteten sie die Arbeitgeber\*innen zur Kostenübernahme für Schnelltests.

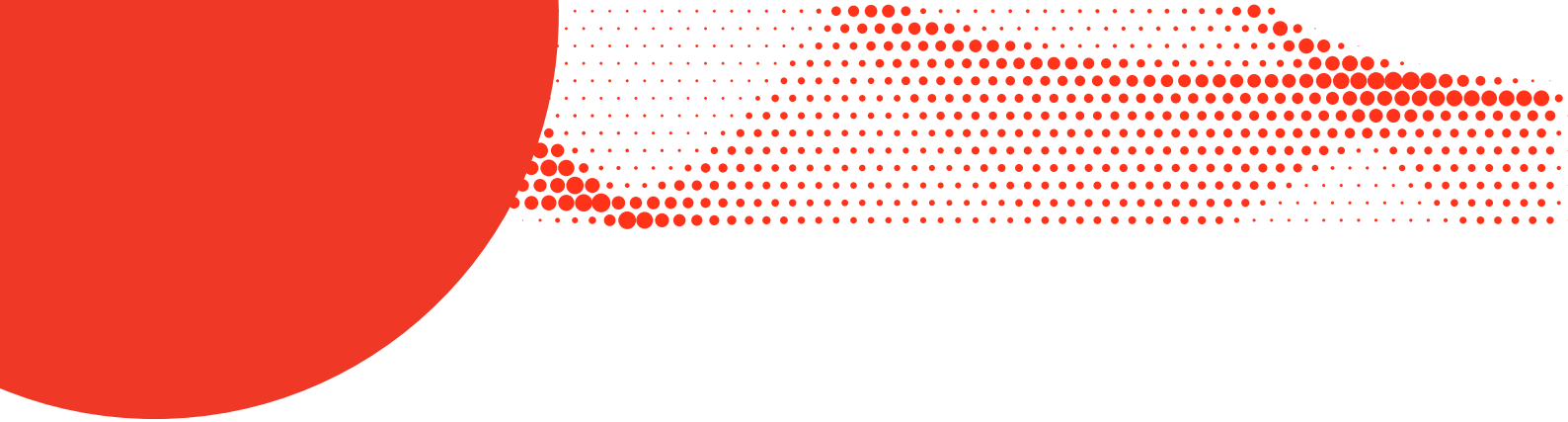
In der Praxis ließ die Umsetzung dieser basalen Sicherheitsregeln und -richtlinien zu wünschen übrig, da sie für die Unternehmen, die durch den Lockdown ohnehin schon Verluste erlitten, kostspielig waren. Zum Beispiel zwangen skrupellose Arbeitgeber\*innen die Beschäftigten dazu, COVID-Tests aus eigener Tasche zu bezahlen. Außerdem konnten Arbeiter\*innen keine Beschwerden einreichen, da der Streitschlichtungsmechanismus gemäß der Richtlinien der Anordnung 213 des Arbeitsministeriums außer Kraft gesetzt war.<sup>26</sup>

Ungeachtet des Problems skrupelloser Arbeitgeber\*innen waren die Richtlinien auch diskriminierend. Statt Unternehmen beispielsweise dazu zu verpflichten, pendelnden Beschäftigten einen Shuttle-Service zu bieten, gaben sie lediglich eine entsprechende Empfehlung ab. Da der öffentliche Verkehr ab Beginn des Lockdowns außer Betrieb war und erst allmählich wieder aufgenommen wurde, waren Arbeiter\*innen auf sich allein gestellt. Um weiterhin Arbeit und Einkommen zu haben, blieb vielen nichts anderes übrig, als mit dem Fahrrad zu fahren oder zu Fuß zu gehen. Arbeiterinnen in Exportproduktionszonen und Callcentern, wo sie in Nachtschicht arbeiten mussten, brachte das in eine heikle Situation. Judy Miranda berichtet von Arbeiterinnen, die sich für den Heimweg in Gruppen zusammenschlossen, um die Gefahr von geschlechtsspezifischer Gewalt und Angriffen auf offener Straße zu verringern.

Nagkaisa schlug vor, dass Unternehmen, die ihre Beschäftigten vor Ort arbeiten ließen, dazu verpflichtet werden sollten, Transportdienste für den Arbeitsweg bereitzustellen. Um dies zu erleichtern sollten jeepneys (ein beliebtes Transportmittel auf den Philippinen, meist umgebaute Jeeps) und Busse, die im Rahmen des Lockdowns nicht operieren durften, beauftragt werden, Arbeiter\*innen zum Betrieb und wieder zurück zu bringen. Dies bot eine sichere Rückkehr zum Arbeitsplatz und zugleich Unterstützung für arbeitslos gewordene Beschäftigte des öffentlichen Verkehrs, insbesondere Hunderttausende Jeepney-Fahrer\*innen. Der nationale Transportgewerkschaftsverband (National Confederation of Transport Workers' Union, NCTU), Mitglied bei Sentro ng mga Nagkakaisa at Progresibong Manggagawa (SENTRO), setzte sich auf Grundlage der Idee eines «sozialverträglichen Übergangs» erfolgreich für diese Forderung ein und erreichte eine Finanzierung entsprechender Dienste aus dem Regierungshaushalt von 2020 und 2021. Das Bündnis von NCTU mit der Transportlobbygruppe

25 «Workers First in the New Normal», Partido Manggagawa, 2. Mai 2020, <https://partidongmanggagawa2001.blogspot.com/2020/05/workers-first-in-new-normal.html>.

26 Department of Labor and Employment, Republic of the Philippines (2020): «Prescribing Guidelines in the Prescription of Actions and the Suspension of Reglementary Periods to File Pleadings, Motions and Other Documents», 5. Mai 2020, [https://www.dole.gov.ph/php\\_assets/uploads/2020/05/DO-No.-213-20-\\_prescribing.pdf](https://www.dole.gov.ph/php_assets/uploads/2020/05/DO-No.-213-20-_prescribing.pdf).



Move As One Coalition und die Partnerschaft mit Fürsprecher\*innen wie Senatorin Hontiveros erwiesen sich als entscheidend für diesen Erfolg.

Diese Forderung nach der verpflichtenden Einrichtung von Transportdiensten und der Beauftragung von Jeepney- und Busfahrer\*innen war Teil des Forderungskatalogs von Nagkaisa für die sichere Rückkehr zum Arbeitsplatz. Dazu gehörten außerdem Forderungen nach Massentests, persönlicher Schutzausrüstung, Gefahrenzulage und vollem Versicherungsschutz für Arbeiter\*innen, die sich mit COVID-19 infizierten. Die Vereinigung drängte darauf, statt der von Regierung und Unternehmen bevorzugten Antigen-Tests die verlässlicheren PCR-Tests einzusetzen. Schließlich bestand Nagkaisa auf dem Recht von Arbeiter\*innen, im Falle von Gesundheitsgefährdung oder mangelnder Sicherheit die Arbeit zu verweigern, ohne Strafe fürchten zu müssen.

Um der Forderung nach sicherer Rückkehr zum Arbeitsplatz mehr Nachdruck zu verleihen, suchte Nagkaisa nach Verbündeten und fand in Senatorin Hontiveros eine Unterstützerin, die einen Gesetzentwurf mit dem Titel «Balik Trabahong Ligtas» («Sichere Rückkehr zur Arbeit») in den Senat einbrachte.<sup>27</sup> Die wichtigsten Elemente der Gesetzesvorlage sind verpflichtender Krankenversicherungsschutz ungeachtet des Beschäftigungsstatus für alle Arbeiter\*innen, deren persönliches Erscheinen am Arbeitsplatz nötig ist, sowie flexibler Krankenurlaub für an COVID erkrankte Beschäftigte zusätzlich zu sonstigen Leistungen, die sie möglicherweise erhalten. Der Gesetzentwurf wurde vor dem 1. Mai 2020 ins Parlament eingebracht, als eine große Zahl an Arbeiter\*innen in Branchen unter der weniger strengen «allgemeinen Gemeinschaftsquarantäne» an den Arbeitsplatz zurückkehren sollten. Ende 2021 stehen die Chancen schlecht, dass das Gesetz noch angenommen wird, da 2022 bereits die nächste Wahlkampfperiode beginnt.

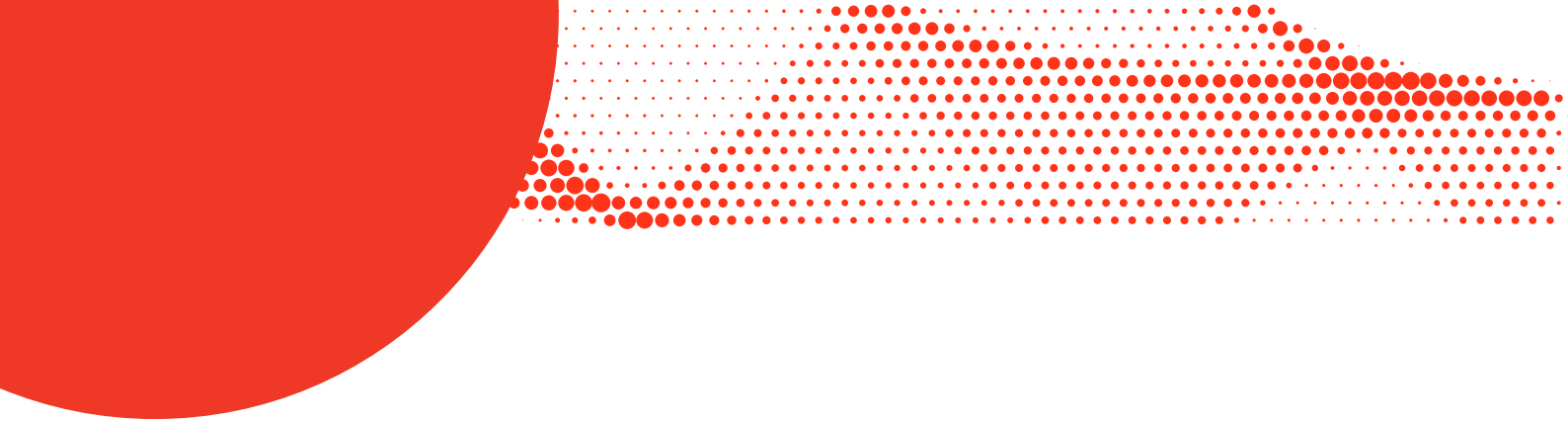
### **Eine humane statt einer militärischen Reaktion**

Eine dritte Säule der von Nagkaisa vertretenen COVID-19-Reaktion war eine humane statt einer militärischen Umsetzung der Mobilitätsbeschränkungen und der Ausgangssperre. Vom Beginn des Lockdowns an warnte die Vereinigung die Regierung davor, die Pandemie als Problem individueller Disziplin zu behandeln. Sie forderte stattdessen eine Antwort, die die Pandemie als Problem der Öffentlichen Gesundheit auffasste. Dies war natürlich Teil eines Gesamtnarrativs, das das Wohlergehen und die Rechte der Arbeiter\*innen in den Mittelpunkt stellte.

Diese Warnung ergab sich auch aus einer Analyse der autoritären Tendenz der Duterte-Regierung. Wie Duterte Drogenabhängigkeit als Law-and-Order-Problem und nicht als eines der Öffentlichen Gesundheit behandelt hatte, so reagierte er mit militärischen Mitteln auf COVID-19. Am ersten Tag des Lockdowns wurden überall in der Metropolregion Manila Checkpoints errichtet. Systemrelevante Arbeiter\*innen mussten auf dem Weg zur Arbeit den Flaschenhals von Polizei- und Militärbarrieren passieren. Es kam zu Festnahmen gewöhnlicher Philippiner\*innen, die sich während des Lockdowns über Wasser zu halten versuchten. Die Repression gegen Arme, die mit den COVID-19-Beschränkungen in Konflikt gerieten, setzte sofort ein, während sich die militarisierte Antwort auf die Pandemie später auch als nützlich gegen Regierungsgegner\*innen erwies.

Mit dem Fortgang der Pandemie und der Verlängerung des Lockdowns nahm die Unterdrückung von Massenprotesten und Regierungskritiker\*innen zu. Zwei Wochen nach Beginn des Lockdowns veranstalteten Dutzende Bewohner\*innen einer informellen Siedlung im Zentrum von Quezon City eine Demonstration entlang

27 Senate of the Philippines (2020): «Hontiveros bats for mandatory life and add'l health insurance for all workers during health emergencies», 30. April 2020, [http://legacy.senate.gov.ph/press\\_release/2020/0430\\_hontiveros1.asp](http://legacy.senate.gov.ph/press_release/2020/0430_hontiveros1.asp).



der EDSA, der Hauptverkehrsader durch die Metropolregion Manila. Die Polizei löste die Versammlung sofort auf und nahm 21 verarmte Einwohner\*innen, die Hilfen forderten, fest.<sup>28</sup> Die Regierung griff der notleidenden Gemeinschaft sogleich unter die Arme, doch der Überbehördliche Arbeitsstab (Inter Agency Task Force, IATF) zur Umsetzung der COVID-19-Maßnahmen lehnte eine vorzeitige Entlassung der Festgenommenen ab. Zweifellos entsprang das dem Wunsch, jegliche Massenunruhe bereits im Keim zu ersticken.

Nachdem Massenproteste praktisch verboten waren, wurde ein neues Antiterror-Gesetz im Kongress durchgedrückt. Es erlaubte unter anderem, Verdächtige ohne Haftbefehl festzunehmen und 24 Tage lang festzuhalten, und das auf Grundlage einer nur vagen Definition von Terrorismusverdacht.<sup>29</sup> Das frühere Sicherheitsgesetz (Human Security Act) wurde aufgehoben, und mit ihm auch wichtige Sicherheitsvorkehrungen und Kontrollinstrumente der alten Gesetzgebung.

Die politische Opposition, Menschenrechtsgruppen und verschiedene soziale Bewegungen und Gruppen wie Nagkaisa entrüsteten sich über dieses neue Gesetz. Nagkaisa organisierte mit anderen Gruppen Protestveranstaltungen und Demonstrationen via Autokolonne unweit des Sitzes des Mediengiganten ABS-CBN. Am 16. Juli 2020 reichte Nagkaisa die neunte Petition gegen das Antiterror-Gesetz beim Höchsten Gericht ein.<sup>30</sup> Zwei Tage später trat das Gesetz in Kraft. Im Dezember 2021 urteilte das Gericht, dass es mit Ausnahme zweier Passagen verfassungskonform ist.<sup>31</sup>

Auch der Entzug der Sendelizenz für ABS-CBN wurde im Kongress durchgedrückt, als sich die Pandemie auf dem Höhepunkt befand und Proteste schwer zu organisieren waren. Das Mediennetzwerk hatte Duterte verärgert, als es dessen Wahlkampfwerbung im Vorfeld der Wahlen von 2016 abgelehnt, aber Negativwerbung gegen ihn ausgestrahlt hatte. Duterte hatte schon vor der Pandemie damit gedroht, das Netzwerk abzuschalten. Der Lockdown bot offenbar die perfekte Gelegenheit dazu.

Nagkaisa stellte sich entschieden gegen die Schließung von ABS-CBN, auch wenn die Gruppe gezielt für einen Lizenzvertrag eintrat, der Arbeiter\*innen zugutekäme.<sup>32</sup> Erneut erwies sich Senatorin Hontiveros als alleinige Verbündete, die auf Senatssitzungen die Forderung nach einer arbeiter\*innenfreundlichen Lizenz aufnahm. Die Gewerkschaft der ABS-CBN-Beschäftigten war ein Mitglied von SENTRO. Über Jahre hatte das Mediennetzwerk mit arbeitsrechtlichen Klagen zu kämpfen, sei es wegen befristeter Verträge, sei es wegen Beschwerden über Fehlklassifizierung von Arbeiter\*innen als unabhängige Auftragnehmer\*innen, wie es in der Rundfunkbranche gang und gäbe war.<sup>33</sup> Die arbeiter\*innenfreundlichen Auflagen in der vorgeschlagenen Lizenzverlängerung für ABS-CBN hätten reguläre Arbeitsverträge für die Belegschaft durchgesetzt.

Am 5. Mai 2020 stellte ABS-CBN die Arbeit ein, da am Vortag die Lizenz abgelaufen war. Das von Abgeordneten der

28 R. Talabong (2020): «Quezon City residents demanding help amid lockdown arrested by police», Rappler, 1. April 2020, <https://www.rappler.com/nation/residents-quezon-city-protesting-help-coronavirus-lockdown-arrested-by-police-april-1-2020>.

29 L. Buan (2020): «EXPLAINER: Anti-terror law's IRR on delisting, warrantless arrests», Rappler, 17. Oktober 2020, <https://www.rappler.com/newsbreak/explainers/anti-terror-law-irr-delisting-added-condition-warrantless-arrest-no-house-arrest-bailable-crimes>.

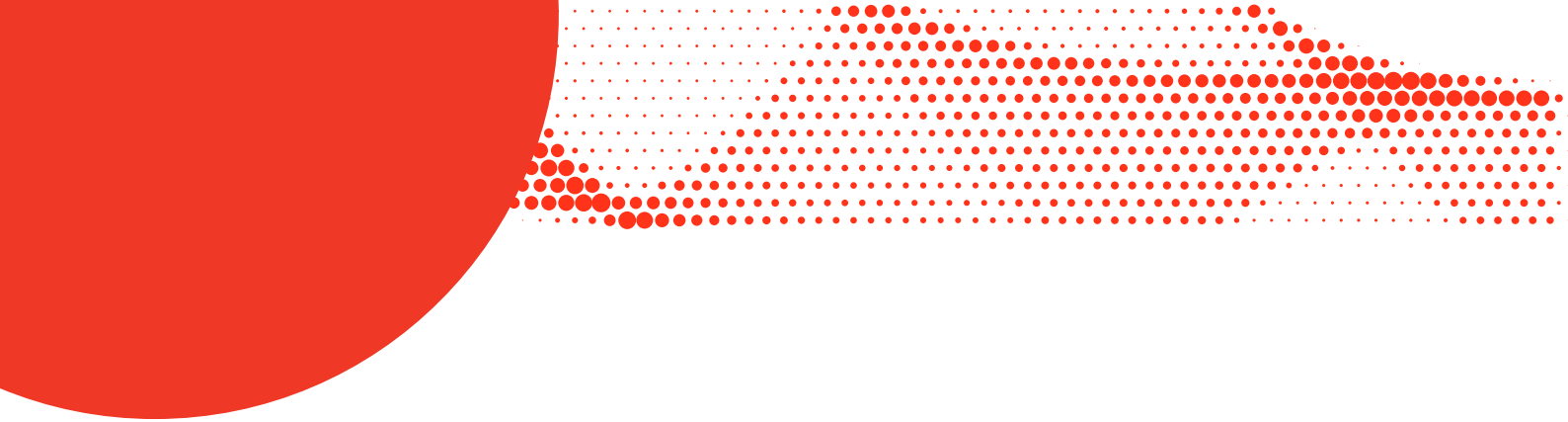
30 L. Buan (2020): «Labor groups file 9th petition vs anti-terror law, slam «guilt by association»», Rappler, 16. Juli 2020, <https://www.rappler.com/nation/labor-groups-file-petition-vs-anti-terror-law-july-2020>.

31 «Supreme Court strikes down two parts of Anti-Terrorism Act», CNN Philippines, 9. Dezember 2021, <https://www.cnn.ph/news/2021/12/9/anti-terrorism-act-unconstitutional-supreme-court.html>.

32 F. Luna (2020): «ABS-CBN shutdown will worsen state of unemployment — labor group», Philstar, 25. Februar 2020, <https://www.philstar.com/headlines/2020/02/25/1995939/abs-cbn-shutdown-will-worsen-state-unemployment-labor-group>.

33 J. R. M. Antiquerra (2010): «ABS-CBN labor dispute leads to mass termination», Center for Media Freedom and Responsibility, 2. August 2010, <https://cmfr-phil.org/media-watch/abs-cbn-labor-dispute-leads-to-mass-termination/>.





Regierung dominierte Repräsentantenhaus hatte den Lizenzvertrag nicht verlängert. Die Schließung von ABS-CBN führte zu einem internen Konflikt bei Nagkaisa. Der Zusammenschluss kritisierte öffentlich den Parteilistenvertreter des Gewerkschaftskongresses der Philippinen (TUCP)<sup>34</sup> Raymond Mendoza, weil er gegen eine Erneuerung der Lizenzvereinbarung gestimmt und damit seine frühere Positionierung für einen arbeiter\*innenfreundlichen Vertrag, die auch von Nagkaisa und dem TUCP-Arbeitszentrum geteilt wurde, ins Gegenteil verkehrt hatte.<sup>35</sup> Die öffentliche Meinungsverschiedenheit führte jedoch nicht zu einer Organisationskrise bei Nagkaisa. Der Vorfall zeigte deutlich die bereits erlangte Reife und Konsolidierung der Vereinigung.

### **Kampf gegen die anti-gewerkschaftliche Repression**

Nagkaisa deutete die Schließung von ABS-CBN und die Verabschiedung des Antiterror-Gesetzes nicht nur als Angriff auf Freiheitsrechte der Philippiner\*innen, sondern auch als Angriff auf die grundlegenden Arbeiter\*innenrechte. Während die staatliche Repression also offensichtlich gegen die politische Opposition gerichtet war, konnte sie auch gegen eine widerspenstige Arbeiter\*innenklasse eingesetzt werden. Außerdem waren Arbeiter\*innen nicht nur von der Regierungspolitik der eisernen Faust bedroht, sondern auch von einer Kapitalist\*innenklasse, die die Pandemie dazu nutzte, Arbeitsstandards und -rechte auszuhöhlen.

Die Repräsentant\*innen (convenors) von Nagkaisa waren sich darin einig, dass die Unternehmen eine ganze Pandemie an Rechtsverletzungen gegen die Arbeiter\*innen entfesselten. Beschäftigte wurden monatelang ohne jede Unterstützung in unbezahlten Zwangsurlaub geschickt. Löhne wurden verspätet gezahlt und Leistungen gestrichen. Niederlassungen wurden geschlossen, ohne Abfindungen oder Sozialversicherungsbeiträge zu zahlen. Gewerkschaften wurden unterdrückt. Arbeitgeber\*innen weigerten sich, Verträge auszuhandeln. Tarifverträge wurden nicht umgesetzt, Gewerkschafter\*innen mit Red-tagging ins Visier genommen.<sup>36</sup>

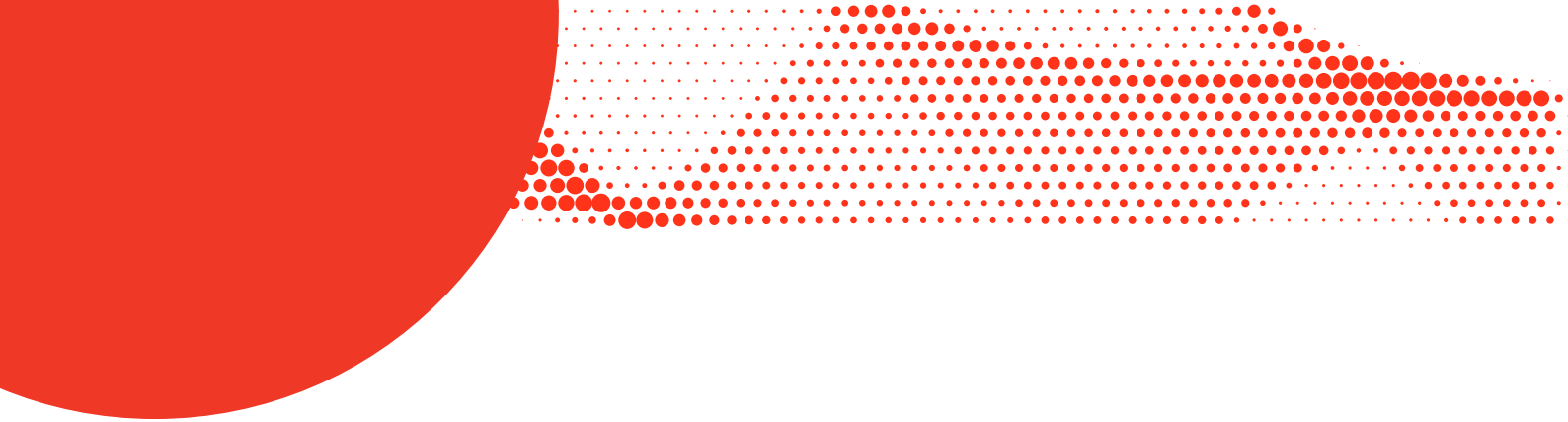
Nach drei Wochen im Lockdown wurden die Streikposten der Arbeiter\*innen von Sejung Apparel, einem Stoffexporteur mit Sitz im First Cavite Industrial Estate, durch ein gemeinsames Aufgebot von lokaler Polizei, barangay tanods (meist mit Schlagstöcken oder Messern, nicht Schusswaffen ausgestattete und als Hilfspolizei fungierende Dorfwachen) und Sicherheitspersonal aufgelöst. Den Streikenden wurde mit Festnahme wegen Verstoßes gegen das Quarantäneprotokoll gedroht. Zur Niederschlagung des Streiks kam es in der Nacht des Black Friday, als Rechtshilfe und Arbeiter\*innen-Solidarität besonders schwer zu organisieren waren. Die Fabrik wurde im Dezember, unmittelbar vor Beginn der Pandemie, kurzerhand geschlossen, ohne den Beschäftigten ihren letzten Lohn, den dreizehnten Monatslohn, eine Abfindung oder andere Zusatzleistungen zu zahlen. Tatsächlich handelte es sich um ein Antigewerkschaftsmanöver, da die Arbeiter\*innen wenige Monate zuvor für gewerkschaftliche Vertretung gestimmt und die Gewerkschaft bereits Tarifverhandlungen angeregt hatte.

Antigewerkschaftliche Maßnahmen von Unternehmen und Repression seitens der Regierung griffen um sich. In der Mactan Exportproduktionszone in Cebu, die von Arbeiter\*innen MEPZ genannt wird, führten die Unzufriedenheit über mangelnde Hilfen seitens der Unternehmen, lange Zwangsurlaube und Massenentlassungen neben traditionellen Problemen wie niedrigen Löhnen und übersteigerten Produktionsquoten zu einem Anstieg

34 Das Parteilistensystem wurde durch eine Wahlreform eingeführt, die marginalisierten Sektoren wie Arbeiter\*innen und Landwirt\*innen Repräsentation im Parlament verschaffen sollte.

35 «Rage grows over ‹painful stab at press freedom› with ABS-CBN franchise denial», Inquirer.net, 12. Juli 2020, <https://newsinfo.inquirer.net/1305624/rage-grows-over-painful-stab-at-press-freedom>.

36 Red-tagging (auch Red-baiting) bezeichnet die Praxis, linke Anführer\*innen und Aktivist\*innen zu bezichtigen, der Kommunistischen Partei der Philippinen anzugehören oder mit ihr zu sympathisieren.



gewerkschaftlicher Organisation und einem explosionsartigen Wachstum der MEPZ-Arbeiter\*innenvereinigung. In der zweiten Jahreshälfte von 2020 gelang es SENTRO, fünf Gewerkschaften in den größten Stofffabriken der MEPZ aufzubauen.

Das Management der Stofffabrik First Glory zog gleich gegen eine der Gewerkschaften los und entließ 300 Arbeiter\*innen, darunter fast alle Gewerkschaftsvertreter\*innen und die meisten Gewerkschaftsmitglieder. Das führte zu einem spontanen Protest der Entlassenen. Am 30. November beging die First-Glory-Gewerkschaft den Bonifacio Day<sup>37</sup> mit einem Marsch vor die Tore der MEPZ. Fünf Anführer\*innen der Arbeiter\*innendemonstration wurden festgenommen, darunter der Gewerkschaftspräsident. Sie wurden wegen Verletzung der Stadtverordnung und des Quarantäneprotokolls angeklagt.

Die Polizei verletzte Kritiker\*innen und Demonstrant\*innen, ohne Strafe fürchten zu müssen. In der Metropolregion Manila wurde ein Protest von Foodpanda-Zusteller\*innen gegen willkürliche Änderungen des Bewertungssystems der App von der Polizei bedrängt. Ein Demonstrant wurde festgenommen, aber sofort wieder freigelassen.<sup>38</sup> Monate später, am 4. März demonstrierten Arbeiterinnen aus der Exportproduktionszone vor der Landeszentrale des Arbeitsministeriums, um sich über die Massenentlassungen, illegalen Stilllegungen und das Vorenthalten von Löhnen und Zusatzleistungen zu beschweren. Trotz Anwesenheit eines Vertreters des Arbeitsministeriums versuchte die Polizei, Planen und Soundsysteme der Arbeiterinnen zu konfiszieren. Mit Drangsalierung und Zerstreung des Protests ging die Polizei auch am Weltfrauentag vor, den Nagkaisa auf der Plaza Miranda, einem oft für Proteste genutzten öffentlichen Platz in Manila, beging.

Gewerkschafter\*innen wurden mit der Fortdauer des Lockdowns zunehmend mit Red-tagging attackiert. Eine Kampagne der mit SENTRO verbundenen Coke-Gewerkschaft in Pampanga, bei der es um die Zahlung einer Gefahrenzulage, COVID-19-Hilfen und andere pandemiebezogene Themen ging, führte zur Entlassung dreier Gewerkschaftsführer\*innen. Als Mitglieder einen Massenprotest gegen die Antigewerkschaftsmaßnahmen abhielten, wurden sie von der Polizei in Arrest genommen. Außerdem waren sie von Red-tagging betroffen.<sup>39</sup>

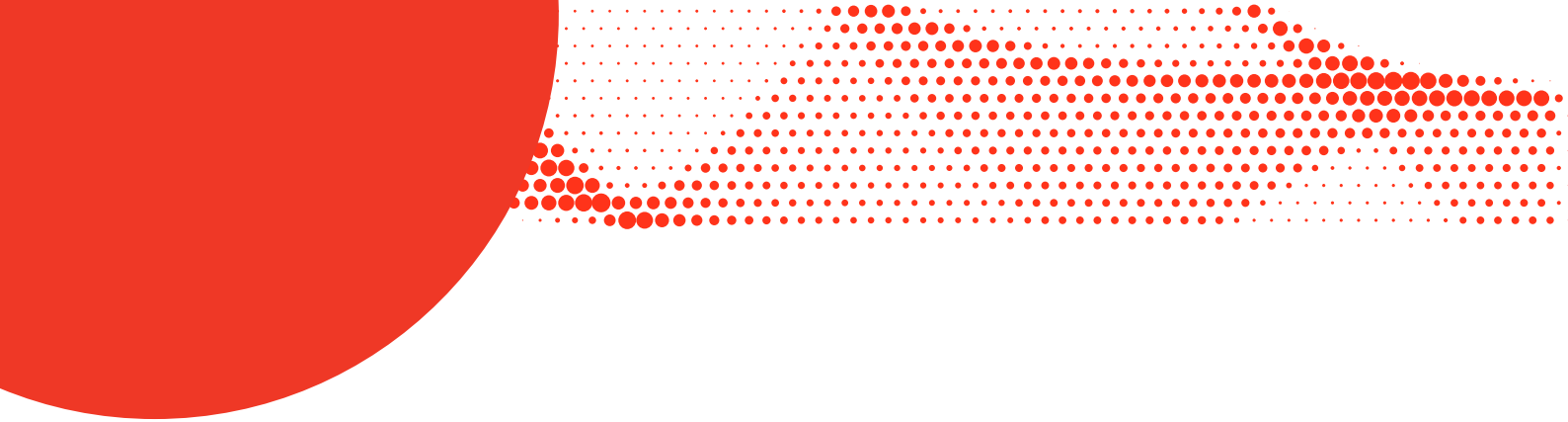
Nagkaisa-Repräsentant\*innen (convenors) geben an, dass das Arbeitsministerium angesichts von Arbeitsunruhen wegen skrupellosem Vorgehen der Unternehmen und wegen Straflosigkeit der Polizei auf «Abstandhalten» gegenüber der Arbeiter\*innenbewegung bestand. Während der gesamten Pandemie hatte der Zusammenschluss wiederholt um Dialog und Treffen mit dem Ministerium gebeten, um Beschwerden und Forderungen der Arbeiter\*innen zu diskutieren. Vertreter\*innen des Ministeriums lehnten Präsenztreffen aufgrund des Gesundheitsrisikos ab. Allerdings wurden auch Onlinetreffen hinausgezögert.

Ohne Rücksprache mit Arbeitsvertreter\*innen veröffentlichte das Arbeitsministerium während der Pandemie eine Reihe umstrittener Richtlinien und Anordnungen, die Unternehmen Schlupflöcher boten, um Arbeitsstandards umgehen zu können. Die Arbeitsrichtlinie (Labor Advisory, LA) 17 beispielsweise erlaubte Unternehmen, wegen COVID-19 Löhne und Leistungen zu kürzen. Die Richtlinie schrieb vor, dass jede Kürzung im Einvernehmen erfolgen

37 Ein nationaler Feiertag zum Gedenken an Andrés Bonifacio, ein Arbeiter\*innenführer im Unabhängigkeitskampf.

38 J. Santos / T. Cordero (2020): «Foodpanda riders protest alleged unfair labor practices in front of DOLE office», GMA News Online, 18. November 2020, <https://www.gmanetwork.com/news/news/metro/764627/foodpanda-riders-protest-alleged-unfair-labor-practices-in-front-of-dole-office/story/>.

39 «Philippines: Unions accuse Coca-Cola of using COVID-19 as pretext to target & dismiss union leaders; Company denies allegations», Business and Human Rights Resource Centre, 7. Juli 2020, <https://www.business-humanrights.org/en/latest-news/philippines-unions-accuse-coca-cola-of-using-covid-19-as-pretext-to-target-dismiss-union-leaders-company-denies-allegations/>.



müsse. In der Realität wurde die Kürzung von vielen Arbeitgeber\*innen unilateral umgesetzt. Da Arbeiter\*innen in den meisten Betrieben nicht organisiert sind, hatten sie nicht die Macht, sich dagegen zu wehren. Selbst an gewerkschaftlich organisierten Arbeitsstätten verschaffte LA 17 den Kapitalist\*innen das Selbstvertrauen, Gewerkschaften abblitzen zu lassen und sich Vertragsverhandlungen zu verweigern.

Eine andere umstrittene Regelung war die Ministerialanordnung (Department Order, DO) 213 vom 6. Mai 2020, durch die für die Dauer des Lockdowns der Schlichtungsmechanismus und die Beschwerdemöglichkeit außer Kraft gesetzt wurden. Die DO 213 machte Arbeiter\*innen wehrlos gegen die um sich greifenden Rechtsverletzungen. Zu einer Zeit, als Kapitalist\*innen die Pandemie als Vorwand nutzten, sich ihrer Verantwortung als Arbeitgeber\*innen zu entziehen, setzte die Regierung auf social distancing statt sozialen Dialog. Die Arbeiter\*innenbewegung protestierte lautstark gegen DO 213 und LA 17. Drei Monate nach Erlass der DO 213 und infolge der entschlossenen Lobby-Arbeit der Arbeiter\*innenbewegung wurde die Anordnung schließlich zurückgezogen und durch die Ministerialanordnung (DO) 214 ersetzt. Der Schlichtungsmechanismus und die Annahme von Beschwerden sowie von Gewerkschaftspetitionen für Betriebsratswahlen wurden wieder in Kraft gesetzt.

Die Rücknahme der DO 213 war einer der wenigen Siege, die Nagkaisa und allgemeiner die Arbeiter\*innenbewegung erringen konnte. Ein weiterer Erfolg war der Rückzieher des Arbeitsministeriums bei dem Vorschlag, die Zahlung des dreizehnten Monatsgehalts 2020 nach hinten zu verschieben. Nach Josua Matas Deutung war dieser Sieg nur teilweise auf das Engagement von Nagkaisa zurückzuführen und mehr noch das Ergebnis der massiven Verärgerung, der die Arbeiter\*innen in den Massenmedien und sozialen Medien Luft machten.

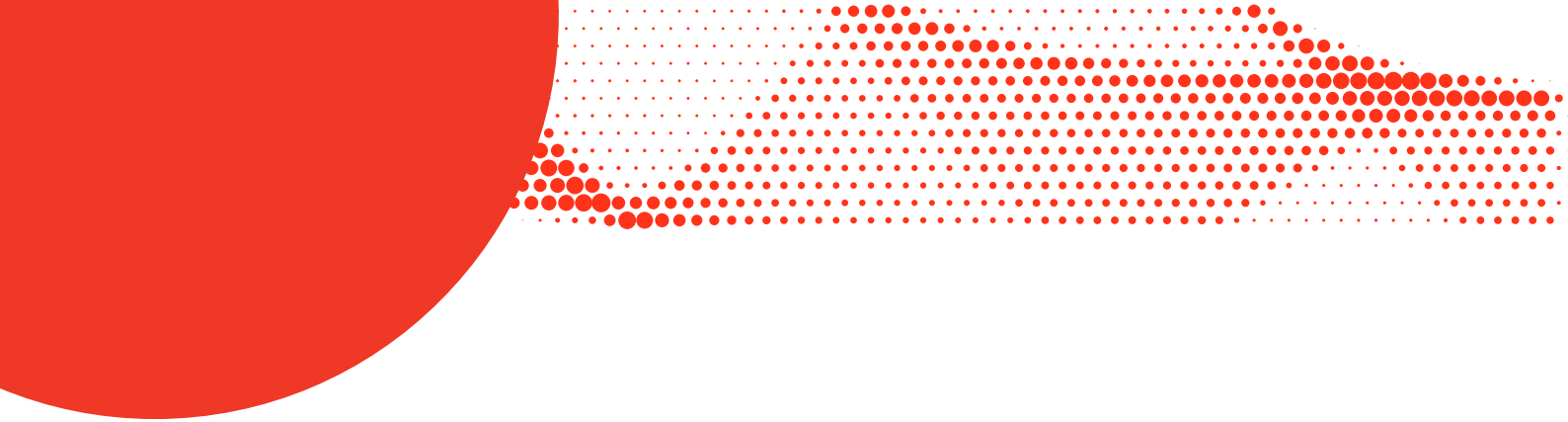
Nagkaisas Fähigkeit, Forderungen durchzusetzen, war aufgrund des Verbots von Massenaktionen während der Pandemie eingeschränkt. Einerseits ging dies auf die Polizei zurück, die wiederholt COVID-19-Protokolle als Vorwand nutzte, um gegen Proteste hart durchzugreifen. Andererseits ließen sich Arbeiter\*innen wegen der eingeschränkten Mobilität und gesundheitlichen Bedenken weniger gut zu Massenprotesten mobilisieren.

Es kam durchaus zu lokalen Kämpfen, wie die Massenproteste bei First Glory und Coke zeigen. Allerdings versuchte die Polizei, die Militanz der Arbeiter\*innen schnell zu unterdrücken, um eine Ausbreitung des Widerstands zu verhindern. Nagkaisa organisierte auch Kundgebungen. Die erste von der Vereinigung durchgeführte Massenaktion fand am 12. Juni anlässlich der Feier des Unabhängigkeitstags auf dem Gelände der Menschenrechtskommission statt. Darauf folgte ein gemeinsamer Protest mit anderen Arbeiter\*innengruppen und sozialen Bewegungen anlässlich Präsident Dutertes jährlicher Rede zur Lage der Nation. Diese Proteste fielen klein aus im Vergleich zu den traditionellen Massenaktionen, die es vor der Pandemie gegeben hatte.

## **Organisierung und Kämpfe in der Industrie**

Trotz all der Schwierigkeiten, die die Pandemie und die autoritäre staatliche Antwort darauf mit sich brachten, barg die Situation auch Chancen für Nagkaisa. Die anhaltende Unzufriedenheit der Arbeiter\*innen entwickelte sich zur Grundlage für die Organisierung und Schulung einer neuen Generation klassenbewusster Gewerkschafter\*innen. Eine Kerntaktik von Nagkaisa war die Organisierung von Branchenbündnissen und die Mobilisierung um gemeinsame Kämpfe herum.

Einer der am stärksten vom Lockdown betroffenen Sektoren war der Bildungsbereich, da der Unterricht zunehmend online stattfand. In der öffentlichen Bildung Tätige waren nur marginal durch finanzielle Einbußen



betroffen, da der Staat während der Pandemie Gehälter und Leistungen in vollem Umfang zahlte. Dennoch änderten sich aufgrund der drastischen Umstellung auf die neuen Lehrverhältnisse die Arbeitsbedingungen deutlich. Angestellte und Lehrkräfte an privaten Bildungseinrichtungen dagegen bekamen die finanziellen und akademischen Auswirkungen der Pandemie in ganzer Härte zu spüren. Sie mussten von zu Hause aus arbeiten und außerdem Lohnkürzungen hinnehmen, da sie nicht mehr als Vollzeitkräfte angesehen wurden. Reguläres Lehrpersonal konnte weiterhin in Vollzeit arbeiten, war aber online mit größeren Klassen konfrontiert. Dies waren die hauptsächlichen Herausforderungen für Beschäftigte im privaten Bildungssektor.

Ein Gewerkschaftsbündnis von Lehrkräften und Angestellten privater Schulen, das Council of Teachers and Staff of Colleges and Universities in the Philippines (COTESCUP) stellte Forderungen für den ganzen Sektor auf. Das Bündnis hatte sich in einer Kampagne gegen die Grundbildungsreform K-12 der vorangegangenen Regierung unter Präsident Benigno Aquino gebildet und entwickelte sich während der Pandemie zur Stimme der Bildungsarbeiter\*innen im Privatsektor. Es forderte ein Ende der Massenentlassungen und Lohnkürzungen sowie Mitsprache bei der Erstellung akademischer Standards in der Online-Bildung.<sup>40</sup>

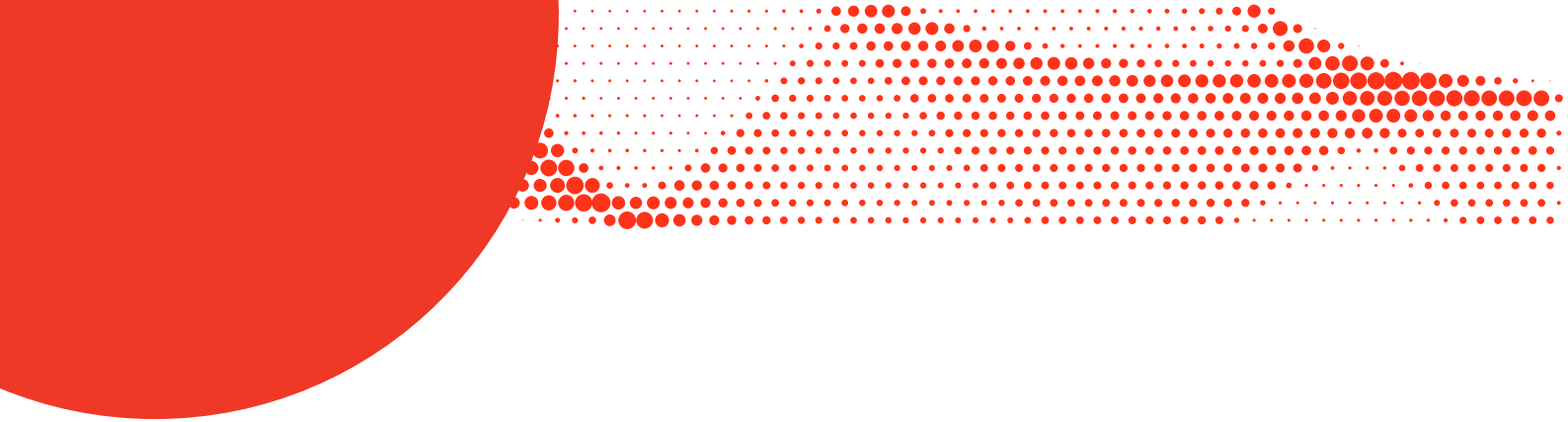
PM und der Verband allgemeiner Gewerkschaften, Institutionen und Arbeiter\*innenvereinigungen (Alliance of General Unions, Institutions and Labor Associations, AGUILA), beide Mitglieder von Nagkaisa, begannen sich mit COTESCUP zu vernetzen und sich gemeinsam für Forderungen im Bereich Bildung einzusetzen. Die bei AGUILA organisierten Gewerkschaften in den De-La-Salle-Schulen wurden auch in COTESCUP aktiv, was die Organisation und ihre Lobbyarbeit stärkte. Während der Pandemie wurde der Bund der La Salle Gewerkschaften und Vereinigungen offiziell anerkannt, obwohl er auch mit COTESCUP zusammenarbeitete.

COTESCUP begann, regelmäßige Onlinetreffen abzuhalten. Die Gruppe veranstaltete ein erfolgreiches Webinar zur Verbreitung ihrer Forderungen unter den Mitgliedern. Sie knüpfte zudem Beziehungen zu Abgeordneten, die die Forderungen unterstützen könnten. Über Nagkaisa lernte auch Senatorin Hontiveros COTESCUP kennen, woraufhin ein Bündnis geschlossen wurde. Hontiveros hat wesentlich zur Aufnahme einer arbeiter\*innenfreundlichen Bestimmung in das Bayanihan-2-Gesetz beigetragen, das zusätzliche Gelder für die Antwort auf COVID-19 zur Verfügung stellte. Die Bestimmung untersagte es Schulen, die staatliche Unterstützung erhielten, für einen Zeitraum von drei Monaten, Personal abzubauen. Dieser Lobbyerfolg war das konkrete Ergebnis der Zusammenarbeit zwischen Nagkaisa und COTESCUP und diente als Modell für die direkte Branchenorganisation von Nagkaisa.

Eines der neu geschmiedeten Branchenbündnisse war im Gesundheitssektor. Krankenhaushewerkschaften, deren Mitglieder an vorderster Front arbeiteten, hatten genügend Probleme am Arbeitsplatz zu lösen, darunter die Zahlung einer Gefahrenzulage, Versorgung mit Schutzausrüstung und Versicherungsschutz. Monatelang stellten sich die Gewerkschaften jede für sich diesen Herausforderungen. Doch mit COTESCUP als konkretem Vorbild drängte Nagkaisa die Krankenhaushewerkschaften unter seinen Mitgliedern, sich zusammenzuschließen. In der zweiten Jahreshälfte von 2020 begannen Gewerkschaften aus dem Verband der philippinischen Arbeiter\*innen-SENTRO (Alliance of Filipino Workers – SENTRO), der Vereinigten philippinischen Dienstleistungsbeschäftigten (United Filipino Service Workers) und der Vereinigung freier Arbeiter\*innen (Federation of Free Workers, FFW) ein Branchenbündnis zu organisieren. Ein Gruppenchat in den sozialen Medien erleichterte die Gründung. Eine Liste gemeinsamer Forderungen entstand. Eine der gemeinsamen Aktionen beinhaltete, vom Arbeitsministerium einen Dialog über die Forderungen der Krankenhausmitarbeiter\*innen zu verlangen.

40 R. O. Reyes (2020): «Education frontliners call for timeout on layoffs, wage cuts», Sunstar, 14. August 2020, <https://www.sunstar.com.ph/article/1867011/Tacloban/Local-News/Education-frontliners-call-for-timeout-on-layoffs-wage-cuts>.





Von Nagkaisa wurde auch ein Branchenbündnis von Pharmaziegewerkschaften angestoßen. Da Pharmareferent\*innen nicht an vorderster Front arbeiten, mussten sie während der Pandemie ins Homeoffice wechseln. Dies führte zu veränderten Arbeitsbedingungen. Betroffene beklagten, dass aufgrund der Onlineinteraktion mit ihren Kund\*innen Verkaufsquoten schwer zu erreichen waren. Drohende und tatsächliche Entlassungen verursachten zusätzlichen Stress.

Die Kerngruppe des Bündnisses bildeten lokale Gewerkschaften in der Pharmaindustrie, die bereits durch PM und FFW organisiert waren. Als nächstes kamen Gewerkschaften des Netzwerks IndustriALL Philippines hinzu. Ähnlich wie bei COTESCUP und dem Bündnis der Krankenhaushilfsberufe erleichterte ein Gruppenchat die Gründung, und Zoom-Treffen entwickelten sich zu einem üblichen Interaktionsmedium. Eine Liste gemeinsamer Forderungen im Zusammenhang von COVID-19 wurde erstellt. Daraufhin begann das Bündnis, sich für ein Treffen mit dem Arbeitsministerium einzusetzen, um über die Forderungen verhandeln zu können.

Schon vor der Pandemie setzte sich Nagkaisa für Vereinigungsfreiheit und würdige Arbeitsbedingungen in Exportproduktionszonen ein. Während der Pandemie waren Arbeiter\*innen dort COVID-bezogener Diskriminierung und Rechtsverletzungen ausgesetzt. 2020 und 2021 kam es verbreitet zu Angriffen auf Gewerkschaftsstrukturen, Massenentlassungen, Red-tagging, Festnahmen und Auflösung von Protesten. Nagkaisa sah sich zwar nicht veranlasst, ein Bündnis von Arbeiter\*innen in den Exportproduktionszonen zu schmieden, bemühte sich aber darum, dass sich das Arbeitsministerium ihrer Beschwerden annahm.

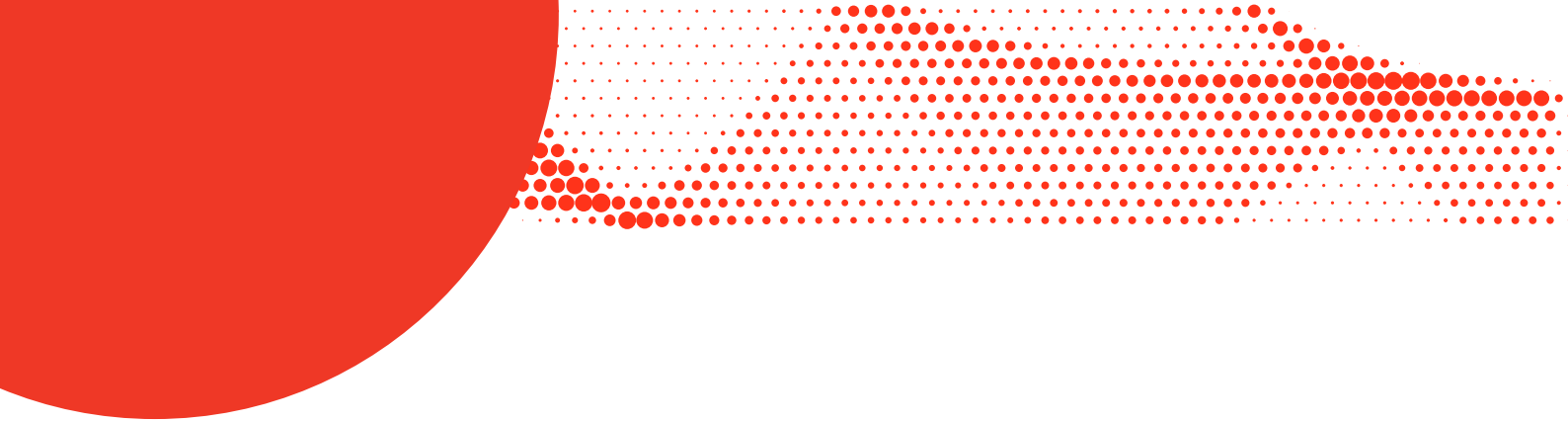
Vor der Pandemie hatte sich Nagkaisa für eine Überarbeitung der Verhaltensrichtlinien für Sicherheitspersonal bei Arbeitskämpfen stark gemacht. 2019 sollte eine technische Arbeitsgruppe von Nagkaisa Vorschläge für strengere Verhaltensregeln diskutieren. Mit der Pandemie wurde dieser Prozess faktisch auf Eis gelegt.

Eine weitere dringende Forderung von Nagkaisa war die Schließung des Gemeinsamen Büros für Industriefriedensbelange (Joint Industrial Peace Concerns Office, JIPCO). Die nicht sonderlich geheime Agenda des JIPCO war die Militarisierung der Exportproduktionszonen und die Kriminalisierung der Gewerkschaftsbewegung. Es wurden Polizeireviere innerhalb der Zonen eingerichtet, angeblich um den Industriefrieden zu gewährleisten. Das JIPCO war ein gemeinsames Projekt der Polizei und der Philippinischen Wirtschaftszonenbehörde (Philippine Economic Zone Authority, PEZA) und nahm in Central Luzon wenige Wochen vor dem Lockdown die Arbeit auf.<sup>41</sup> Durch Lobbyarbeit erreichte Nagkaisa, dass Arbeitsminister Silvestre Bello III. die Polizei und PEZA vor den Gefahren warnte, darunter eine Aufhebung der Vereinigungsfreiheit. Die ließen sich durch Bellos Brief aber nicht von ihrem Vorhaben abhalten. Die Pandemie bot der Polizei vielmehr den perfekten Vorwand zur Militarisierung der Exportproduktionszonen. Polizist\*innen nutzten die Verteilung von Pandemiehilfen an beurlaubte Arbeiter\*innen aus diesen Zonen, um über die vermeintlichen Übel des Gewerkschaftswesens zu dozieren. Anfang 2021 wurden die Regeln und Richtlinien zur Umsetzung des JIPCO aufgesetzt.<sup>42</sup> Wenig später wurde es durch PEZA in «Allianz für Industriefrieden und Programm-Büro» (Alliance for Industrial Peace and Program Office) umbenannt. Dieses Manöver diente zweifellos dazu, Kritik seitens Nagkaisa und sogar des Arbeitsministeriums abzuschwächen.<sup>43</sup>

41 M. Balbin (2020): «Police launches program to strengthen industrial peace in Bulacan», Philippine News Agency, 27. Februar 2020, <https://www.pna.gov.ph/articles/1095007>.

42 Philippine Economic Zone Authority (2021): «PEZA, PNP sign Implementing Rules and Regulations of Joint Industrial Peace and Concern Office (JIPCO) at Camp Crame for safe ecozones, industrial peace», 16. Februar 2021, <http://www.peza.gov.ph/index.php/press-release/169-peza-pnp-sign-implementing-rules-and-regulations-of-joint-industrial-peace-and-concern-office-jipco-at-camp-crame-for-safe-ecozones-industrial-peace>.

43 S. P. Medenilla (2021): «DOLE keeping jurisdiction over ecozone labor disputes», Business Mirror, 20. September 2021, <https://businessmirror.com.ph/2021/09/20/dole-keeping-jurisdiction-over-ecozone-labor-disputes/>.



Die Bedrohung durch das JIPCO, das Red-tagging von Gewerkschafter\*innen und die Verletzung arbeitsrechtlicher Standards in den Exportproduktionszonen motivierte Nagkaisas Kampagne zum Schutz der dort Beschäftigten. Das Arbeitsministerium reagierte jedoch widersprüchlich auf die Forderung nach Behebung dieser Probleme.

### **Frauen und eine geschlechtsspezifische Perspektive**

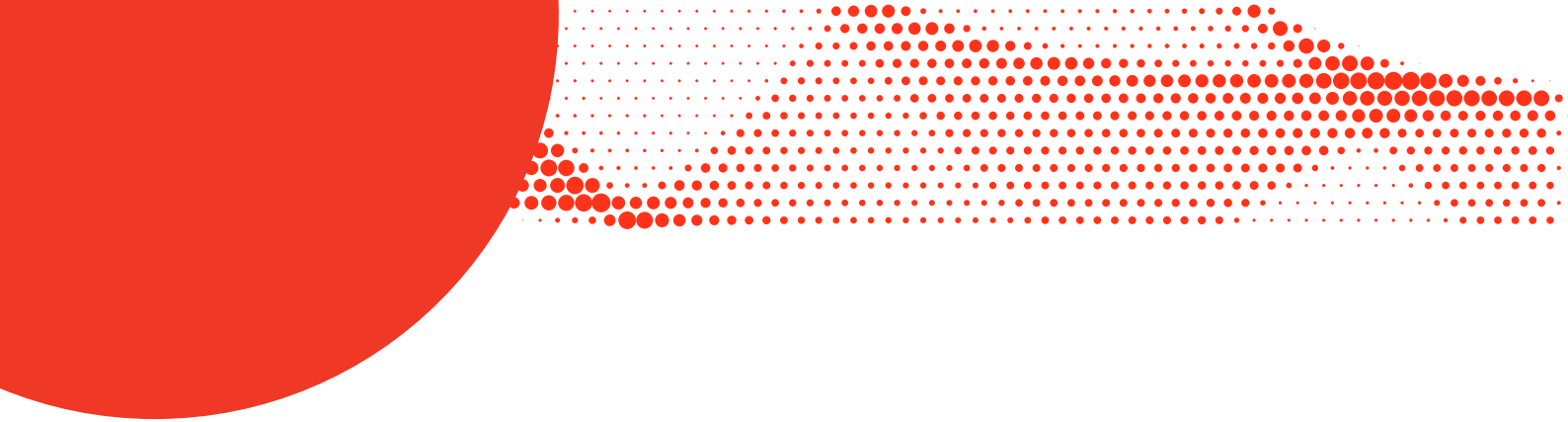
Im Bewusstsein männlicher Dominanz in bestehenden Gewerkschaftsstrukturen und der Herausforderung einer umfassenden Einbeziehung von Geschlechterperspektiven in die Arbeiter\*innenbewegung stellt Nagkaisa durch eine interne Regelung sicher, dass Frauen sowohl in den Führungsgremien repräsentiert sind als auch an den Aktivitäten partizipieren. Wesentlich dafür ist der Aufbau des Nagkaisa-Frauenkomitees, das Aktionen bezüglich Belangen von Frauen planen und beschließen sowie eigene Kampagnen und Aktivitäten durchführen kann.

Zu den Repräsentant\*innen von Nagkaisa, die das führende Organ von Nagkaisa bilden, gehören Anni Enriquez-Geron von der Unabhängigen Arbeiter\*innenkonföderation der öffentlichen Dienste (Public Services Labor Independent Confederation, PSLINK), Judy Miranda von PM und Nice Coronacion von SENTRO, die junge Frauen vertritt. Durch ihre Beteiligung an der Repräsentant\*innen-Gruppe sind Belange von Frauen in die Pläne und Aktivitäten von Nagkaisa einbezogen.

Diese Zusammensetzung bestand auch während der Pandemie fort. Durch die Repräsentantinnen und das Frauenkomitee wurden geschlechtsspezifische Belange in die COVID-19-Reaktion der Vereinigung integriert. Weibliche Führungspersonen von der nationalen, regionalen und lokalen Ebene nahmen an Webinaren, Konferenzen und Workshops teil, in denen die COVID-19-Agenda des Arbeitssektors entwickelt wurde. Im Vorfeld des Weltfrauentags 2021 führte das Nagkaisa-Frauenkomitee eine Delegation an, die mit dem Arbeitsministerium über Arbeiterinnenforderungen bezüglich Arbeitsstellen, Hilfen und Rechten während COVID-19 in Dialog trat.

Das Frauenkomitee sorgte dafür, dass ein geschlechtsbezogener Ansatz während der Pandemie in den Kampagnen und der Lobbyarbeit von Nagkaisa wirksam wurde. In der Ausformulierung der Forderung nach ausreichender Unterstützung für alle stand die Einbeziehung arbeitender Frauen, alleinerziehender Mütter, schwangerer Frauen und von Frauen mit Behinderung im Mittelpunkt. Bei dem Ruf nach sicherer Rückkehr an den Arbeitsplatz war die Nichtdiskriminierung aufgrund des Geschlechts eine Priorität. Daher waren Sicherheit für arbeitende Frauen ohne Zugang zu Beförderungsmitteln und Schutz für schwangere Frauen komplementäre Forderungen. Bei der Mobilisierung durch und unter Beteiligung von Nagkaisa unterstrichen Sprecherinnen die ökonomische Gewalt gegen Frauen in der Pandemie und die ungleich größere Last, die Frauen aufgebürdet wurde.

Im Gesundheitsbereich arbeiten überwiegend Frauen. Daher standen geschlechtsspezifische Probleme bei dem von Nagkaisa aufgebauten Branchenbündnis besonders im Fokus. Die langen Arbeitszeiten von Arbeiterinnen des Bereichs trafen auch deren Familien, da sie gleichzeitig die Hauptverantwortung für den Haushalt trugen. Nagkaisa forderte besonderen Schutz wie bezahlten Urlaub für schwangere Beschäftigte, Mütter mit Kleinkindern



und Arbeiterinnen mit beispielsweise gynäkologischen Krankheiten, die das Immunsystem beeinträchtigen.

Nagkaisa setzte sich tatkräftig für die Ratifizierung der Convention 190 (C190) ein, die sich zentral mit geschlechtsspezifischer Gewalt am Arbeitsplatz befasst. Es gab interne Schulungen für Arbeiter\*innen zum Thema sowie einen Dialog mit der Regierung, in dem angesichts sich massiv häufender Fälle von Gewalt am Arbeitsplatz und geschlechtsspezifischer Gewalt während der Pandemie die sofortige Umsetzung der C190 gefordert wurde. Nagkaisa gründete eine Kerngruppe, die Beratungstreffen und Foren organisierte, ein gemeinsames Papier aufsetzte und Lobbyarbeit bei staatlichen Stellen leistete. Wieder erwies sich Senatorin Hontiveros als Verbündete. Sie versprach, die Verabschiedung durch den Senat voranzutreiben. Nagkaisa koordinierte sich auch mit globalen Institutionen wie dem Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB).

Am 25. November 2020 beteiligte sich Nagkaisa am Internationalen Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen. Es gab Protesttänze, Lyriklesungen und aufrüttelnde Reden über Gewalt, die einerseits durch die Wirtschaftskrise hervorgebracht und andererseits den Gemeinschaften durch die arbeiter\*innenfeindliche Politik und militarisierte Antwort der Regierung auf COVID-19 zugefügt wurde.

#### Bündnisse

Nagkaisa schloss mehrere Bündnisse, um die eigenen Ziele und Vorhaben während der Pandemie besser verfolgen zu können. Dabei handelte es sich um Bündnisse innerhalb wie außerhalb der Arbeiter\*innenbewegung. In fast allen Fällen ging damit eine Ausweitung der Netzwerke zur Verteidigung zivilgesellschaftlicher Räume und demokratischer Rechte einher.

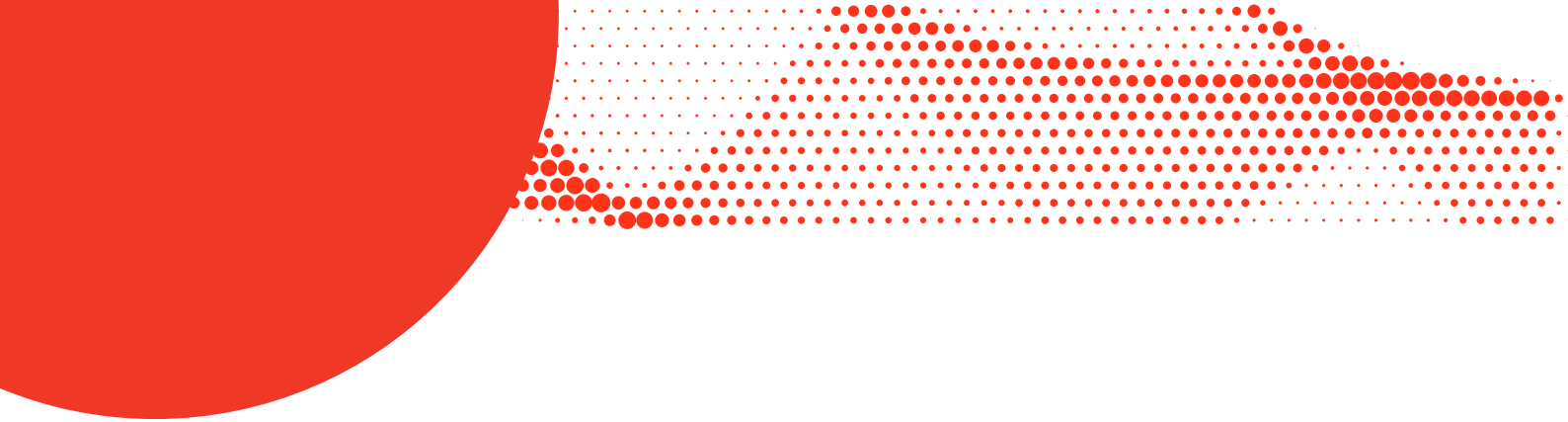
Innerhalb der Arbeiter\*innenbewegung gründete Nagkaisa zusammen mit Kilusang Maio Uno (KMU) und Pagkakaisa ng Uring Manggagawa die Vereinten Arbeiter\*innen (United Workers), um anlässlich der Rede zur Lage der Nation zu mobilisieren. Gemeinsame Forderung der Vereinten Arbeiter\*innen war die Rücknahme von DO 213, LA 17 und des Antiterror-Gesetzes.<sup>44</sup> Die drei Gruppen hatten sich bereits 2019 zusammengeschlossen, doch durch die Pandemie wurde die Struktur der Vereinten Arbeiter\*innen wiederbelebt. Eine weitere gemeinsame Mobilisierung gab es einen Monat nach der Rede zur Lage der Nation. Rene Magtubo nannte die Wiederbelebung der Vereinten Arbeiter\*innen ein entscheidendes Bündnis von Nagkaisa während der Pandemie.

Josua Mata wiederum nannte die Gründung des Rats Globaler Gewerkschaften Pilipinas (Council of Global Unions-Pilipinas, CGU-Pilipinas) eine wichtige Errungenschaft dieser Zeit. CGU-Pilipinas vereinte vier lokale Mitglieder des IGB – FFW, SENTRO, TUCP und KMU – in einer Kampagne zur Verteidigung von Freiheits- und Arbeiter\*innenrechten. FFW, SENTRO und TUCP sind Teil von Nagkaisa. Auf internationaler Ebene koordiniert sich CGU mit dem IGB und verschiedenen globalen Gewerkschaftsverbänden in einer Solidaritätsbewegung für die philippinische Arbeiter\*innenbewegung. Die Verabschiedung des Antiterror-Gesetzes und die damit verbundene Gefährdung von Arbeiter\*innenrechten veranlasste die Aktivitäten von CGU und CGU-Pilipinas.<sup>45</sup> Laut Josua Mata ist die strategische Agenda von CGU-Pilipinas ein wichtiger Beitrag zur Ausweitung der Reichweite von Nagkaisa in der Kampagne gegen politische Repression.

Nagkaisa erhielt nicht nur internationale Unterstützung, sondern zeigte auch Solidarität mit Arbeiter\*innen in

44 L. A. Aquino (2020): «Labor groups to join SONAgkaisa protests», Manila Bulletin, 24. Juli 2020, <https://mb.com.ph/2020/07/24/labor-groups-to-join-sonagkaisa-protests/>.

45 International Trade Union Confederation (2020): «Council of Global Unions Statement on the Suppression of Democratic Rights in the Philippines», 21. Juli 2020, <https://www.ituc-csi.org/council-of-global-unions-statement-philippines>.



anderen Ländern. Die Vereinigung war die erste Gruppe auf den Philippinen, die Solidaritätsaktionen für den Widerstand der Bevölkerung von Myanmar gegen den dortigen Militärputsch organisierte. Zehn Tage, nachdem die Junta die Kontrolle übernommen hatte, veranstaltete sie in Reaktion auf einen Aufruf zu internationaler Solidarität durch Gewerkschaften einen Lärmprotest in Metro Manila. In einer Nachrichtenmeldung über die Aktion wurde Josua Mata mit den Worten zitiert: «Was in Myanmar passiert ist, kann überall passieren, und das wollen wir nicht».<sup>46</sup> Darin kommt zum Ausdruck, dass die Solidaritätsaktion durch einen gemeinsamen Klassenkampf gegen einen zunehmenden Autoritarismus motiviert war, der Arbeiter\*innenrechte überall bedroht.

Die Aktion regte die Wiederbelebung einer philippinischen Solidaritätsgruppe für Myanmar und die Teilnahme Nagkaisas an einem Webinar zur Unterstützung des dortigen Widerstands an. Der Protest für Myanmar ging von Nagkaisa aus, doch auch einzelne Mitgliedsorganisationen organisierten internationale Aktionen. Zum Beispiel unterstützte SENTRO die Forderung nach Freilassung eines führenden Gewerkschafters, der in Hong Kong in Haft saß, und PM drückte Solidarität mit den Amazon-Lagerarbeiter\*innen in Bessemer, Alabama, aus, die sich gewerkschaftlich zu organisieren versuchten.

Zur Verteidigung demokratischer Rechte und um dem Antiterror-Gesetz von 2020 entgegenzutreten, engagierte sich Nagkaisa führend in der Gründung der themenspezifischen Bewegung gegen das Terror-Gesetz (Movement Against the Terror Act, MATA). MATA vereinte sektorale Graswurzelorganisationen von Arbeiter\*innen, Landwirt\*innen, Frauen und Jugendlichen mit politischen und ökologischen Gruppen in der Forderung nach Rücknahme des Antiterror-Gesetzes. Mit MATA erweiterte sich das Engagement von Nagkaisa gegen das Gesetz und die politische Repression über die Arbeiter\*innenbewegung hinaus. MATA beteiligte sich mit Nagkaisa an gemeinsamen Massenaktionen und Onlineforen.

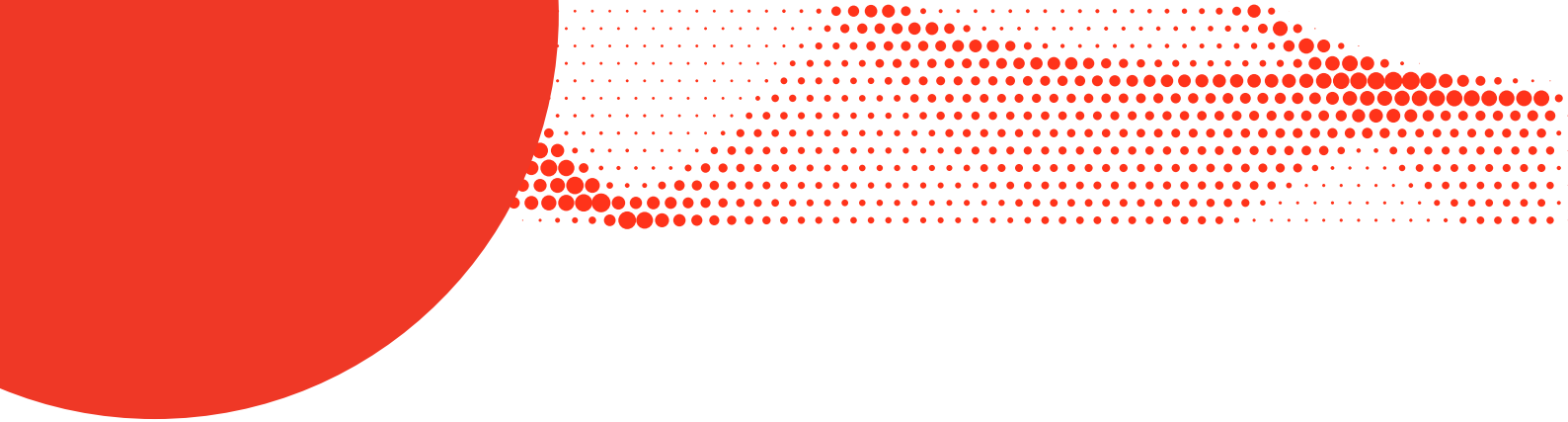
### **Die COVID-19-Agenda des Arbeitssektors**

Gegen Ende 2020, als sich die Wirtschaftskrise und die politische Repression verschärften, veröffentlichte Nagkaisa eigene Maßnahmenempfehlungen für wirtschaftliche Erholung. Die Publikation «Lage der Arbeit und Agenda für Erholung» (State of Labor and its Agenda on Recovery, SOLAR) fundierte die COVID-19-Antwort der Arbeiter\*innenvereinigung in Form einer konkreten politischen Agenda. Die Ausarbeitung von SOLAR bedeutete eine programmatische Formalisierung der verschiedenen Bemühungen und Aktivitäten Nagkaisas im Verlauf der Pandemie. Judy Miranda gab allerdings zu bedenken, dass es im Rückblick besser gewesen wäre, wenn es eine Frauenversammlung zur Abstimmung über SOLAR gegeben hätte.

Das Hauptargument von SOLAR ist, dass eine wirtschaftliche Erholung den Schutz von Arbeiter\*innen voraussetzt. Arbeiter\*innenrechte müssten respektiert statt mit Füßen getreten werden, wie es in der COVID-19-Politik der Regierung geschehe. Auch könne eine Erholung nicht lediglich auf der Wiederherstellung der während der Pandemie verlorenen Arbeitsplätze beruhen; sie sei auch auf die Schaffung neuer grüner Jobs angewiesen. Diese Forderung verknüpft den Ruf nach einer Förderung Öffentlicher Gesundheit in der Pandemie mit Umweltschutz für eine nachhaltige Zukunft. Außerdem müsse eine Erholung durch Verbesserung der Menschenrechtssituation erreicht werden. Schließlich vertrat SOLAR, dass Arbeiter\*inneninteressen gegenüber Unternehmensinteressen Vorrang zu geben sei.

46 Dieses Zitat bezieht sich auf den Putsch vom 1. Februar 2021 in Myanmar. Siehe Aika Rey (2021): «PH labor groups condemn Myanmar coup: «The people will not accept military rule», Rappler, 11. Februar 2021, <https://www.rappler.com/nation/ph-labor-groups-condemn-myanmar-coup-february-2021>.





SOLAR beinhaltet Vorschläge für konkrete Maßnahmen in den Bereichen Industriepolitik, Unterstützung für kleinste, kleine und mittlere Unternehmen (MSME), Einkommens- und Beschäftigungsgarantien, ein universelles öffentliches Gesundheitssystem, einen gerechten Übergang zu einem sicheren Transportsystem und die Finanzierung der wirtschaftlichen Erholung. Zwei besonders innovative Empfehlungen sind eine Arbeitslosenunterstützung und Arbeitsassistenten-Garantie (Unemployment Support and Work Assistance Guarantee, USWAG) sowie eine Reichensteuer für die wohlhabendsten Philippiner\*innen.

Im Rahmen der USWAG schlug Nagkaisa vor, dass die Regierung (unter anderem grüne) Arbeitsplätze schaffen und für 100 Tage bis zu neun Monate finanzieren sowie mindestens 10.000 PHP monatliche Unterstützung für beschäftigungslose philippinische Arbeiter\*innen im Ausland bereitstellen solle. Im September 2020 wurde der Vorschlag im Rahmen ernsthafter Bemühungen, die gesteckten Ziele auch zu erreichen, beim Arbeitsministerium eingereicht. Später kam es zu einem Dialog mit dem Finanzministerium, um auf Bedenken hinsichtlich der Finanzierung des Vorschlags zu reagieren. Nagkaisa diskutierte ihn auch mit dem Arbeitsforschungsinstitut des Arbeitsministeriums, das zu dieser Zeit eine eigene Studie über Einkommen und Arbeitsplatzgarantien durchführte. Wie bei der Forderung nach ausreichend Unterstützung zu Beginn des Lockdowns suchte sich Nagkaisa Verbündete, die USWAG in bereits vorgeschlagene neue legislative Ansätze für die COVID-19-Antwort der Regierung integrieren könnten.

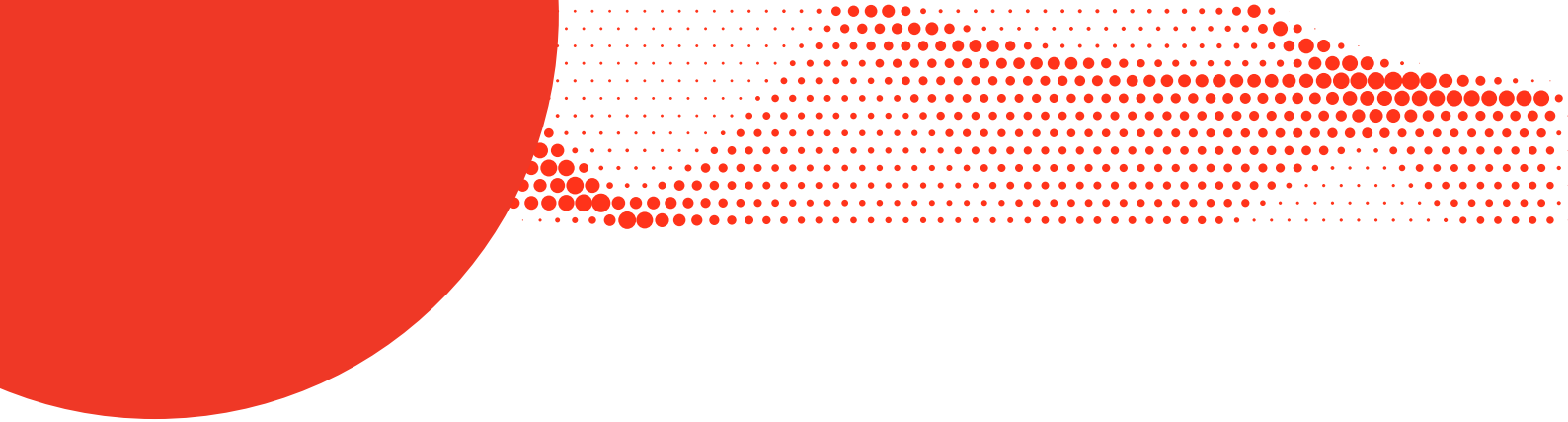
Die Maßnahmenempfehlungen in SOLAR umfassen die Bereitstellung von Geldern zur Subventionierung von Einkommensgarantien und zur Unterstützung von Sektoren wie MSME. SOLAR ist zugestandenermaßen teuer, aber dennoch notwendig für eine wirtschaftliche Erholung, die Arbeiter\*innen in den Vordergrund stellt. Finanziert werden soll der Aufschwung unter anderem durch eine Reichensteuer für die wohlhabendste Bevölkerungsschicht. Laut Nagkaisa könnte eine einprozentige Steuer rund 316 Mrd. PHP einbringen. Die Vereinigung stellte diese Steuer in den Rahmen eines wirksamen Kampfs gegen die Oligarchie.

## **Fazit**

Die autoritäre und militarisierte Antwort der Duterte-Regierung auf die Pandemie hatte eine beispiellose Wirtschaftskrise zur Folge, die unverhältnismäßig stark die Arbeiter\*innenklasse und insbesondere Arbeiterinnen traf. Wirtschaftsinteressen wurden von der Regierung priorisiert, wie sich den arbeitnehmerfeindlichen Regelungen durch IATF und Arbeitsministerium und der vorzeitigen Wiederöffnung der Ökonomie entnehmen lässt. Die Pandemie wurde von der Duterte-Regierung gegen ihre politischen Gegner\*innen und von der Kapitalist\*innenklasse gegen die Arbeiter\*innenklasse genutzt.

Angesichts dieser Herausforderungen drängte Nagkaisa auf eine Antwort, die Arbeiter\*innenrechte und Wohlfahrt an erste Stelle setzt. Dies drückte sich zuerst in der Forderung nach ausreichend Unterstützung für alle, einer sicheren Rückkehr zum Arbeitsplatz und einer humanen Antwort auf die Krise aus. Später nahm die programmatische Agenda die Form der Vorlage von SOLAR, USWAG und einer Reichensteuer an, allesamt konkrete Maßnahmenempfehlungen für eine wirtschaftliche Erholung auf Grundlage des Schutzes von Arbeitsrechten.

Durch die Linse von SMU betrachtet weist die Politik von Nagkaisa Elemente expansiver Gewerkschaftsidentität und -ziele auf, da die Vereinigung für die Interessen der gesamten Arbeiter\*innenklasse, für formell wie informell Beschäftigte eintrat und nicht nur für einen besonderen Teil oder sogar nur den organisierten Teil der Arbeiter\*innen. Eine Geschlechterperspektive war integraler Teil der Forderungen und Aktivitäten von Nagkaisa. Mit der Forderung



nach einem sozialverträglichen Übergang für Transportarbeiter\*innen wurden auch Schlüsselkonzepte im Hinblick auf Klima und Nachhaltigkeit in SOLAR aufgenommen. Belange informell Beschäftigter wurden in den anfänglichen Einsatz für hinreichende Unterstützung für alle und später in SOLAR integriert.

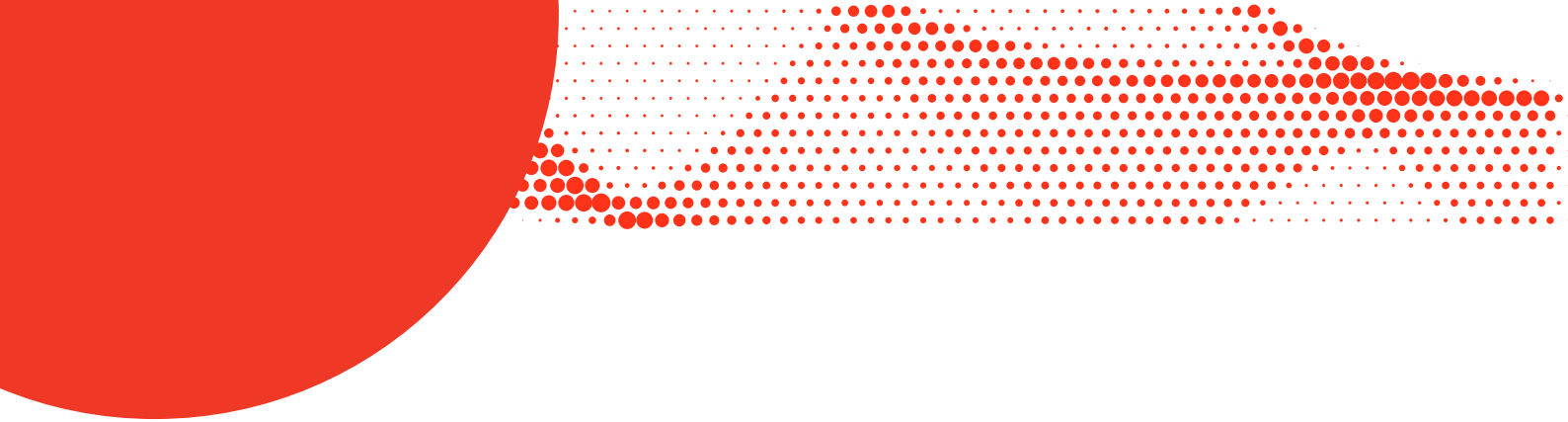
Nagkaisa hatte Schwierigkeiten, die Quellen der Arbeiter\*innenmacht für ihre Ziele und Themen nutzbar zu machen. Die Gewerkschaftsbewegung auf den Philippinen war seit den 1990er Jahren auf dem Rückzug, was eine massive Schwächung der Organisationsmacht im Arbeitssektor zur Folge hatte. Mit dem Rückgang der Arbeiter\*innenmilitanz und der Durchsetzung restriktiver Regelungen war auch die Fähigkeit, strukturelle Macht geltend zu machen, begrenzt. Das Terrain zum Einsatz von struktureller Macht und Organisationsmacht hat sich unter den Bedingungen der Pandemie und des Lockdowns noch weiter verengt. Mit der Verlagerung vieler Arbeiten ins Homeoffice verstreuten sich die Gewerkschaftsmitglieder. Mit hohen Infektionszahlen und straffreiem Agieren der Polizei wurde Angst zum Normalzustand. Daher kam es in der frühen Phase des Lockdowns kaum zu lokalen Kämpfen oder Massenaktionen. Die Mobilisierungsfähigkeit von Nagkaisa war radikal eingeschränkt. Dies erklärt die Unfähigkeit der Vereinigung, ihren Forderungen effektiv Nachdruck zu verleihen, und die zunehmende Gleichgültigkeit des Staats gegenüber den Forderungen des Arbeitssektors.

Sogar institutionelle Machtquellen waren nur schwer zugänglich, da sich das Arbeitsministerium gegenüber der Arbeiter\*innenbewegung auf Abstandsregeln berief. Es setzte Mechanismen der Dreigliedrigkeit außer Kraft gesetzt, beraumte dreigliedrige Treffen gar nicht erst an und beschloss Regelungen ohne Rücksprache mit Gewerkschaftsvertreter\*innen. Und all dies wurde als notwendige Konsequenz aus der Pandemie gerechtfertigt. Da nicht einmal zu symbolischen Aktionen mobilisiert werden konnte, ließ sich das Arbeitsministerium weder von Nagkaisa noch von anderen Arbeiter\*innenorganisationen unter Druck setzen.

Nagkaisas Aktivität verschob sich von Aktionen auf der Straße zu Interaktion im Netz. Doch auch dort mussten Organizer\*innen, Aktivist\*innen und Funktionär\*innen wegen neuer Formen der Kommunikation, Koordination und Lobbyarbeit eine steile Lernkurve bewältigen. Dennoch gelang Nagkaisa der Schritt von der Offline- zur Onlinearbeit in der frühen Phase des Lockdowns und dann wieder zurück zur Offlinearbeit, als die Beschränkungen gelockert wurden und die Wut angesichts der gescheiterten COVID-19-Politik der Regierung wuchs.

Die wirksamste Machtquelle, die Nagkaisa anzapfen konnte, war gesellschaftliche Macht im Sinne des Machtressourcenansatzes. Zunächst schmiedete die Vereinigung wichtige Bündnisse innerhalb und außerhalb der Arbeiter\*innenbewegung und konnte so die Reichweite ihrer Lobbyarbeit und Aktivitäten ausdehnen. Praktisch die gesamte Arbeiter\*innenbewegung war in Strukturen wie die Vereinten Arbeiter\*innen und CGU-Pilipinas involviert. Internationale Arbeiter\*innensolidarität zugunsten von Arbeitsrechten und gegen Repression wurde durch CGI und die Kampagne gegen das Antiterror-Gesetz geprägt. Der Kampf gegen das neue Terrorgesetz wurde unterstützt von Bündnissen wie MATA, in dem Nagkaisa eine führende Rolle einnahm, und von gemeinsamen Aktionen wie dem SONA-Protest. Die Forderung von NCTU, informelle Jeepney-Arbeiter\*innen für Transportdienste unter Vertrag zu nehmen, erhielt zusätzliches Gewicht durch die Unterstützung des Move-As-One-Lobbybündnisses. Die Forderung von COTESCUP nach einem Entlassungsstopp im Bildungssektor wurde dank der starken Partnerschaft mit Senatorin Hontiveros teilweise durchgesetzt, indem eine entsprechende Bestimmung in das Bayanihan-2-Gesetz Eingang fand.

Zweitens war Nagkaisa in der Lage, über Massenmedien und soziale Medien die öffentliche Meinung zu beeinflussen und dadurch die Regierung zur Erfüllung der Forderungen zu nötigen. Im Grunde führten am Ende die lautstarken



Beschwerden der vereinten Arbeiter\*innenbewegung und ihr Echo im allgemeinen Arbeiter\*innenbewusstsein zur Aufhebung der DO 213 und zur Rücknahme des Vorschlags, die Zahlung des dreizehnten Monatsgehalts hinauszuschieben. Diese zwei Punkte waren klare Erfolge von Nagkaisa und der Arbeiter\*innenbewegung während der Pandemie.

Dennoch sind dies unbedeutende Siege angesichts des Ausmaßes der Wirtschaftskrise und der politischen Repression, von der die Arbeiter\*innenklasse betroffen ist. In dieser Hinsicht sind die Herausforderungen für Nagkaisa gewaltig. Noch ist nicht vorstellbar, wie die aktuelle Konjunktur und die schwerwiegenden Auswirkungen der historischen Krise in gesteigerte Militanz der Arbeiter\*innen und einen Durchbruch des Arbeiter\*innenaktivismus verwandelt werden können. Die Beständigkeit, mit der Nagkaisa für eine COVID-19-Politik eingetreten ist, die Arbeiter\*innen an erste Stelle setzt, muss mit passenden Slogans und Taktiken einhergehen, um unter den Arbeiter\*innen ein entsprechendes Bewusstsein zu schaffen.

Zwei wichtige Lehren lassen sich aus der Erfahrung von Nagkaisa ziehen. Erstens ist deutlich geworden, dass der Schaffung von Einheit innerhalb der Arbeiter\*innenklasse im Kampf für Arbeiter\*innenforderungen und gegen erstarkenden Autoritarismus große Bedeutung zukommt. Selbst ein Zusammenschluss, konnte Nagkaisa gemeinsam mit anderen Arbeiter\*innenorganisationen die historische Fragmentierung überwinden und eine größere Einheitsfront für eine kohärentere Antwort auf die Wirtschaftskrise und die autoritäre Regierungsweise aufbauen.

Zweitens ist deutlich geworden, dass im Kampf gegen den weltweiten Trend zum Autoritarismus globale Solidarität unerlässlich ist. Unter dem Banner eines gemeinsamen Kampfs gegen Militärdiktaturen und autoritäre Populist\*innen konnte Nagkaisa nicht nur unter lokalen Gruppen Einheit schaffen, sondern sich auch erfolgreich mit internationalen Organisationen verbünden. So ist die Verteidigung bürgerlicher Freiheiten und demokratischer Rechte eng mit der Wahrung von Arbeitsrechten und Arbeiter\*inneninteressen verbunden. Dies verleiht der Forderung «Arbeiter\*innen zuerst» eine neue Bedeutung.

*Benjamin Velasco*

*Assistant Professor an der School of Labor and Industrial Relations (SOLAIR) der University of the Philippines (UP), Direktor des Center for Labor and Grassroots Initiative an der SOLAIR sowie mitverantwortlich für das Program on Alternative Development am Center for Integrative and Development Studies der UP.*

*Übersetzung von Daniel Fastner & Max Henninger für Gegensatz Translation Collective*

## References:

Aganon, M. E. et al., Revitalizing Philippine Unions: Potentials and Constraints to Social Movement Unionism, Friedrich Ebert Stiftung and UP SOLAIR, 2008.

Aguilar, K., "7.6 million families hungry in past 3 months, highest hunger rate since 2014 — SWS", Inquirer.net, 27 September 2020, available at: <https://newsinfo.inquirer.net/1340772/7-6-million-families-hungry-sets-phs-highest-hunger-incidence-since-2014-sws>.

Antiquerra, J. R. M., "ABS-CBN labor dispute leads to mass termination", Center for Media Freedom and Responsibility, 2 August 2010, available at: <https://cmfr-phil.org/media-watch/abs-cbn-labor-dispute-leads-to-mass-termination/>. Last accessed on 18 January 2022.

Aquino, L. A., "Labor groups to join SONAgkaisa protests", Manila Bulletin, 24 July 2020, available at: <https://mb.com.ph/2020/07/24/labor-groups-to-join-sonagkaisa-protests/>. Last accessed on 18 January 2022.

Balbin, M., "Police launches program to strengthen industrial peace in Bulacan", Philippine News Agency, 27 February 2020, available at: <https://www.pna.gov.ph/articles/1095007>. Last accessed on 18 January 2022.

Buan, L., "Labor groups file 9th petition vs anti-terror law, slam 'guilt by association'", Rappler, 16 July 2020, available at: <https://www.rappler.com/nation/labor-groups-file-petition-vs-anti-terror-law-july-2020>. Last accessed on 18 January 2022.

Buan, L., "EXPLAINER: Anti-terror law's IRR on delisting, warrantless arrests", Rappler, 17 October 2020, available at: <https://www.rappler.com/newsbreak/explainers/anti-terror-law-irr-delisting-added-condition-warrantless-arrest-no-house-arrest-bailable-crimes>. Last accessed on 18 January 2022.

Business and Human Rights Resource Centre, "Philippines: Unions accuse Coca-Cola of using COVID-19 as pretext to target & dismiss union leaders; Company denies allegations", 7 July 2020, available at: <https://www.business-humanrights.org/en/university-news/philippines-unions-accuse-coca-cola-of-using-covid-19-as-pretext-to-target-and-dismiss-union-leaders-company-denies-allegations>.

humanrights.org/en/latest-news/philippines-unions-accuse-coca-cola-of-using-covid-19-as-pretext-to-target-dismiss-union-leaders-company-denies-allegations/. Last accessed on 18 January 2022.

Cabico, G. K., "'Medical populism' puts Philippines at 66th of 91 nations in COVID-19 suppression", Philstar, 23 September 2020, available at: <https://www.philstar.com/headlines/2020/09/23/2044587/medical-populism-puts-philippines-66th-91-nations-covid-19-suppression>. Last accessed on 18 January 2022.

CNN Philippines Staff, "SWS survey reveals 4.2 million families suffered involuntary hunger amid COVID-19 pandemic", CNN Philippines, 22 May 2020, available at: <https://cnnphilippines.com/news/2020/5/22/sws-survey-four-million-families-involuntary-hunger-covid-pandemic.html>. Last accessed on 18 January 2022.

—, "Formal workers have until December 11 to apply for govt. assistance – DOLE", CNN Philippines, 10 December 2020, available at: <https://www.cnn.ph/news/2020/12/10/dole-camp-application-deadline.html>. Last accessed on 18 January 2022.

—, "Supreme Court strikes down two parts of Anti-Terrorism Act", CNN Philippines, 9 December 2021, available at: <https://www.cnn.ph/news/2021/12/9/anti-terrorism-act-unconstitutional-supreme-court.html>. Last accessed on 18 January 2022.

Department of Labor and Employment, Republic of the Philippines, "Prescribing Guidelines in the Prescription of Actions and the Suspension of Reglementary Periods to File Pleadings, Motions and Other Documents", 5 May 2020, available at: [https://www.dole.gov.ph/php\\_assets/uploads/2020/05/DO-No.-213-20-prescribing.pdf](https://www.dole.gov.ph/php_assets/uploads/2020/05/DO-No.-213-20-prescribing.pdf). Last accessed on 18 January 2022.

—, "DTI and DOLE Interim Guidelines on Workplace Prevention and Control of COVID-19", 30 April 2020, available at: [https://www.dole.gov.ph/php\\_assets/uploads/2020/05/DTI\\_and\\_DOLE\\_InterimGuidelinesonWorkplacePreventionandControlofCOVID19\\_3.pdf](https://www.dole.gov.ph/php_assets/uploads/2020/05/DTI_and_DOLE_InterimGuidelinesonWorkplacePreventionandControlofCOVID19_3.pdf). Last accessed on 18 January 2022.

—, "DTI and DOLE Supplemental Guidelines on Workplace Prevention and Control of COVID-19", 14 August 2020, available at: [https://bwc.dole.gov.ph/images/Linkages/DOLE\\_DTI\\_JointMemorandumCircular\\_No\\_20\\_04.pdf](https://bwc.dole.gov.ph/images/Linkages/DOLE_DTI_JointMemorandumCircular_No_20_04.pdf). Last accessed on 18 January 2022.

—, "Guidelines on Employment Preservation upon the Resumption of Business Operation", 16 May 2020, available at: [https://www.dole.gov.ph/php\\_assets/uploads/2020/05/Labor-Advisory-No.-17-20.pdf](https://www.dole.gov.ph/php_assets/uploads/2020/05/Labor-Advisory-No.-17-20.pdf). Last accessed on 18 January 2022.

Department of Finance, Republic of the Philippines, "DOF releases P16.4-B subsidies to 2.1-M SBWS beneficiary-workers", 17 May 2020, available at: <https://www.dof.gov.ph/dof-releases-p16-4-b-subsidies-to-2-1-m-sbws-beneficiary-workers/>. Last accessed on 18 January 2022.

Gonzales, C., "PH had highest new COVID-19 cases in Southeast Asia during surge – ex DOH chief" Inquirer.net, 8 May 2021, available at: <https://newsinfo.inquirer.net/1429072/ph-had-highest-new-covid-19-cases-in-southeast-asia-during-surge-ex-doh-chief>.

Human Rights Watch, "Philippines: Duterte's 'Drug War' Claims 12,000+ Lives", 18 January 2018, available at: <https://www.hrw.org/news/2018/01/18/philippines-dutertes-drug-war-claims-12000-lives>. Last accessed on 18 January 2022.

Inquirer staff, "Rage grows over 'painful stab at press freedom' with ABS-CBN franchise denial", Inquirer.net, 12 July 2020, available at: <https://newsinfo.inquirer.net/1305624/rage-grows-over-painful-stab-at-press-freedom>.

International Trade Union Confederation, "Council of Global Unions Statement on the Suppression of Democratic Rights in the Philippines", 21 July 2020, available at: <https://www.ituc-csi.org/council-of-global-unions-statement-philippines>. Last accessed on 18 January 2022.

Lee, Y. N., "This is Asia's top-performing economy in the Covid pandemic – it's not China", CNBC, 27 January 2021, available at: <https://www.cnbc.com/2021/01/28/vietnam-is-asias-top-performing-economy-in-2020-amid-covid-pandemic.html>. Last accessed on 18 January 2022.

com/2021/01/28/vietnam-is-asias-top-performing-economy-in-2020-amid-covid-pandemic.html. Last accessed on 18 January 2022.

Luna, F., "ABS-CBN shutdown will worsen state of unemployment – labor group", Philstar, 25 February 2020, available at: <https://www.philstar.com/headlines/2020/02/25/1995939/abs-cbn-shutdown-will-worsen-state-unemployment-labor-group>. Last accessed on 18 January 2022.

Medenilla, S. P., "DOLE keeping jurisdiction over ecozone labor disputes", Business Mirror, 20 September 2021, available at: <https://businessmirror.com.ph/2021/09/20/dole-keeping-jurisdiction-over-ecozone-labor-disputes/>. Last accessed on 18 January 2022.

Partido Manggagawa, "Workers First in the New Normal", 2 May 2020, available at: <https://partidongmanggagawa2001.blogspot.com/2020/05/workers-first-in-new-normal.html>. Last accessed on 18 January 2022.

Philippine Economic Zone Authority, "PEZA, PNP sign Implementing Rules and Regulations of Joint Industrial Peace and Concern Office (JIPCO) at Camp Crame for safe ecozones, industrial peace", 16 February 2021, available at: <http://www.peza.gov.ph/index.php/press-release/169-peza-ppn-sign-implementing-rules-and-regulations-of-joint-industrial-peace-and-concern-office-jipco-at-camp-crame-for-safe-ecozones-industrial-peace>. Last accessed on 18 January 2022.

Rappler, "LIST: Aid from Philippine companies during coronavirus pandemic", 23 March 2020, available at: <https://www.rappler.com/business/255591-aid-philippine-companies-coronavirus-pandemic/>. Last accessed on 18 January 2022.

Rey, Aika, "PH labor groups condemn Myanmar coup: 'The people will not accept military rule'", Rappler, 11 February 2021, available at: <https://www.rappler.com/nation/ph-labor-groups-condemn-myanmar-coup-february-2021>. Last accessed on 18 January 2022.

Reyes, R. O., "Education frontliners call for timeout on layoffs, wage cuts", Sunstar, 14 August 2020, available at: <https://www.sunstar.com.ph/article/1867011/Tacloban/Local-News/Education-frontliners-call-for-timeout-on-layoffs-wage-cuts>. Last accessed on 18 January 2022.

Rivas, R., "PH unemployment at all-time high with 7.3 million jobless in April 2020", Rappler, 5 June 2020, available at: <https://www.rappler.com/business/unemployment-rate-philippines-april-2020>. Last accessed on 18 January 2022.

Santos, J. and T. Cordero, "Foodpanda riders protest alleged unfair labor practices in front of DOLE office", GMA News Online, 18 November 2020, available at: <https://www.gmanetwork.com/news/news/metro/764627/foodpanda-riders-protest-alleged-unfair-labor-practices-in-front-of-dole-office/story/>. Last accessed on 18 January 2022.

Schmalz, S., C. Ludwig, and E. Webster, "The Power Resources Approach: Developments and Challenges", Global Labour Journal, vol. 9, no. 2, 2018, pp. 113–134, available at <https://mulpress.mcmaster.ca/globallabour/article/view/3569/3157>. Last accessed on 18 January 2022.

Senate of the Philippines, "Hontiveros bats for mandatory life and add'l health insurance for all workers during health emergencies", 30 April 2020, available at: [http://legacy.senate.gov.ph/press\\_release/2020/0430\\_hontiveros1.asp](http://legacy.senate.gov.ph/press_release/2020/0430_hontiveros1.asp). Last accessed on 18 January 2022.

Talabong, R. "Quezon City residents demanding help amid lockdown arrested by police", Rappler, 1 April 2020, available at: <https://www.rappler.com/nation/residents-quezon-city-protesting-help-coronavirus-lockdown-arrested-by-police-april-1-2020>. Last accessed on 18 January 2022.

Vera, B. O. de, "4.5 million Pinoy jobless in 2020", Inquirer.net, 4 December 2020, available at: <https://newsinfo.inquirer.net/1367928/4-5m-pinoy-jobless-in-2020>.

Weber, M., Economy and Society: An Outline of Interpretive Sociology, New York: Bedminster Press, 1968.



Diese Publikation wird gefördert durch die Rosa-Luxemburg-Stiftung aus Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland. Diese Veröffentlichung oder Teile davon können von anderen kostenlos genutzt werden, sofern sie einen ordnungsgemäßen Verweis auf die Originalveröffentlichung enthalten.

Der Inhalt der Veröffentlichung liegt in der alleinigen Verantwortung der Autor\*innen und spiegelt nicht die Ansichten der Rosa-Luxemburg-Stiftung wider.